

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando
Bierzeitung 3.90 RM. monatl. 1.30 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Donnerstag, den 16. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Arbeitspflicht und Volksernährung.

Ein Hindenburg-Brief an Bethmann.

Englische Massentürme nördlich der Ancre.
Wald St. Pierre-Baast. — Beaumont.
Russenangriffe an der Karajowka. —
Monastir und Cernabogen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. November 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Die Schlacht nördlich der Somme dauert an. Vom
Morgen bis zur Nacht anhaltendes Ringen rückt auch den
14. November in die Reihe der Großkampftage.

Hoffend, den Anfangserfolg ausnützen zu können,
griffen die Engländer mit starken Massen erneut nördlich
der Ancre und mehrmals zwischen Le Sars und Guendecourt
an. Zwar gelang es ihnen, das Dorf Beaumont zu nehmen,
aber an allen anderen Punkten der breiten Angriffsfronten
brach die Wucht ihres Aufsturus verlustreich vor unseren
Stellungen zusammen.

Starke Kräfteeinjah der Franzosen galt dem Gewinn
des Waldes St. Pierre Baast. Den Angriffen blieb jeder
Erfolg verjagt; sie endeten in blutiger Niederlage.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.
Auf dem Ostufer der Karajowka richteten sich gegen
die kürzlich von uns gewonnenen Stellungen westlich von
Folw. Krasnolese wütende russische Angriffe, die sämtlich,
an einer Stelle durch Gegenstoß, abgewiesen wurden.

Front des Generaloberst Erzherzog Carl.
An der Ostfront von Siebenbürgen herrschte nur geringe
Gefechtsaktivität.

In den für uns erfolgreichen Wald- und Gebirgs-
kämpfen längs der in die Walachei führenden Straßen
haben die Rumänen gestern an Gefangenen 23 Offiziere
und 1800 Mann, an Beute 4 Geschütze und mehrere
Maschinengewehre eingeblüht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.
Keine Aenderung der Lage. Die Festung Bukarest ist
von Fliegern mit Bomben beworfen worden.

Mazedonische Front.

Den heftigen französischen Angriffen in der Ebene von
Monastir haben bulgarische Truppen, dabei das Regiment
Balkansti Seiner Majestät des Kaisers, unverrückt stand-
gehalten.

Im Cerna-Bogen gelang es dem Gegner, einige Höhen
zu nehmen. Um Plankenwirkung gegen die Talstellungen
zu vermeiden, ist unsere Verteidigung dort zurückverlegt
worden.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
15. November 1916, 7.45 abends.

Westen.

Nachmittags englische Angriffe beiderseits Ancre, auf
Südufer bereits gescheitert.

Bei Sailly-Saillif und Pressoire wird gekämpft.
Siebenbürgen.

Eigene Fortschritte auf der Südfront.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. November 1916. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzogs
Carl.
In der nördlichen Walachei wurde der Kampf mit Erfolg
fortgesetzt. Die Rumänen ließen 23 Offiziere, 1800 Mann
und vier Geschütze in unserer Hand. Im östlichen Grenzraum
und in den verschneiten Waldkarpathen keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Bei den I. und I. Streitkräften nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Desicht von Görz nahmen unsere
Truppen einen italienischen Graben, machten fünf Offiziere, 475
Mann zu Gefangenen und erbeuteten sieben Maschinengewehre.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Döser, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In den frühen Morgenstunden des 14. laufenden Monats
griff eines unserer Seeflugzeuggeschwader die feindlichen Stellungen
von Ronchi, Vermigliano und Toverdo sehr erfolgreich mit Bomben
an. Ein feindliches, das Geschwader angreifendes Landflugzeug
wurde in die Flucht gejagt.

Flottenkommande.

Die Beute von Constanza.

Köln, 14. November. (W. L. B.) Die „Kölnische Volks-
zeitung“ meldet aus Sofia: Die Zählung der Beute von
Constanza geht zu Ende. Es wurden gezählt: 30000 Tonnen
Petroleum, 27000 Tonnen Benzin, 17000
Tonnen Mineralöl, sehr große Vorräte an Ge-
treide, Zucker und Kaffee, die für eine mehrmonatige
Verpflegung der rumänischen Armee und Bevölkerung bestimmt
waren.

Arbeit für Wilson.

Genf, 15. November. („Vol. Anz.“) Nach einer Meldung des
„Paris New York Herald“ find in der Stadt Parral in Mexiko
Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika
ermordet worden.

Bern, 15. November. (W. L. B.) „Tempo“ meldet aus Wa-
shington: Infolge des Gerüchts, Villa habe die Amerikaner in
Parral ermorden lassen, wird die Lage in Mexiko für sehr schlimm
angesehen. Allgemein glaubt man, daß ein bewaffnetes Eingreifen
mit starken Kräften seitens der Regierung Wilsons notwendig werden
wird. Carranza soll versuchen, in den Vereinigten Staaten eine
Anleihe von hundert Millionen Dollar aufzunehmen.

Wilson und die Friedensarbeit.

London, 14. November. (W. L. B.) Dem „Daily Telegraph“
wird aus New York vom 13. telegraphiert: Der Washingtoner
Korrespondent der „New York Evening Post“ teilt seinem Blatt mit,
daß Wilson in einigen Monaten, vielleicht noch während des Winters,
in der Lage sein werde, eine Friedensbewegung in Gang zu bringen.
Die „New York Tribune“ meldet, daß die Anhänger Wilsons eifrig
bemüht seien, den Eindruck zu erwecken, daß Wilson an Friedens-
plänen arbeite.

Fett tut not!

In dem Augenblick, in dem die öffentliche Diskussion von
der Frage der Arbeitspflicht beherrscht ist, gewinnt ein
Brief besonderes Interesse, den der Chef des Generalstabes
v. Hindenburg an den Reichsfürsänger gerichtet hat. Dieser
Brief zeigt mit klassischer Deutlichkeit, daß sich das Problem
der Arbeitspflicht — oder, wie es neuerdings heißt, des
„vaterländischen Hilfsdienstes“ — von dem brennenden
Problem der Volksernährung nicht trennen läßt.
Hindenburg schreibt:

Eurer Erzellenz ist bekannt, vor welche ungeheuren Aufgaben
unsere Kriegsindustrie für einen siegreichen Ausgang des Krieges
gestellt ist. Die Lösung der Arbeiterfrage ist dabei entscheidend, und
zwar nicht allein bezüglich der Zahl der Arbeiter, sondern vor allem
auch bezüglich der individuellen Leistungsfähigkeit durch eine aus-
reichende Ernährung. In dankenswerter Weise hat das Kriegs-
ernährungsamt der Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie
seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da jedoch das Kriegs-
ernährungsamt auf die Ausführung der Maßnahmen einen geringen
Einfluß ausüben vermag, bedarf es der einmütigen hin-
gebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden
und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunal-
behörden. In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht
liberal ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nicht-
sein unseres Volkes und Reichs geht. Es ist unmöglich, daß
unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es
nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte aus-
reichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem
Nahrungsmittel-, dem Siegerland, wie aus anderen
Industrieerzeugnissen wird mir berichtet, daß es immer
noch nicht gelungen ist, eine ausreichende,
einigermaßen gerechte Fettverteilung zu be-
wirken. Im Siegerland soll seit zwei Monaten nur eine ganz
geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirt-
schaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der
führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend
unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht
nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu er-
füllen, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett,
in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen.
Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß
nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg
von einer großzügig organisierten Propaganda durch die
Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung
unserer Kriegsindustriearbeiter. Alle staatliche Regelung des Ver-
brauchs muß versagen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige
Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land
zu Hilfe kommt, und jeder Deutsche im Innersten davon durch-
drungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso vaterländische
Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampf an
der Front.

Eure Erzellenz bitte ich, in eindringlichster Weise, allen
Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalbehörden den
Ernst der Lage vor Augen zu führen und sie aufzufordern, die
ausreichende Ernährung unserer Kriegsindustriearbeiter mit allen
Mitteln zu betreiben, starke Persönlichkeiten aller
Parteien als Führer des Heimatheeres hinter Pfug
und Schraufstock zu einmütigem Handeln zu verbinden
und den Furor teutonius in der Heimat beim Bauern
wie beim Industriearbeiter und Städter zu wecken. Ich
habe den Eindruck, daß der beste Wille und die Tatkraft unserer
in ihrer Tüchtigkeit und Lauterkeit unübertroffenen Beamtenwelt
müde wird durch das Bestreben, in langwierigen Ver-
ratungen den Gedanken aller Art möglichst ge-
recht zu werden. Unentschlossenheit ist die Folge. Eure
Erzellenz wollen die darin liegende Gefahr nicht verkennen. Das
Volk will starke, entschlußkräftige Beamte sehen,
dann wird es auch selbst stark sein und mancher unbequemen
Maßnahme willig sich beugen.“

Dieser Brief des Generalfeldmarschalls kann in den Kreisen
der arbeitenden Bevölkerung weitestgehender Zustimmung
sicher sein.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen arbeiten; um das
dauernd zu können, müssen sie ihre Arbeitskraft er-
halten. Das ist der nationalökonomischen Weisheit letzter
Schluß.

„Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig
erreicht“. Das sagt der Mann, der an der Spitze des Heeres
steht, wo der staatliche Zwang zwar auch nicht alles kann,
aber doch viel mehr als sonst. Er spricht damit, wenn der
Satz zunächst auch nur auf die Fettproduktion bezogen ist, die
allgemeine Erkenntnis aus, daß staatlicher Zwang gegen wirt-
schaftliche Gesetze nichts vermag.

Das ist noch lange kein Bekenntnis zum liberalen Grundfah
des Gehen- und Geschehenlassens, der längst über Bord ge-
worfen ist. Aber es ist ein Ausdruck der volkswirtschaftlichen
Einsicht, daß die Wirtschaft nicht mechanisch, sondern organisch
reguliert, daß sie nicht militarisiert, sondern sozialisiert
werden muß.

Man kann durch planmäßige Zusammenfassung aller
wirtschaftlichen Kräfte die Gesamtproduktion gewaltig steigern,

Tschirschy gestorben!

Wien, 15. November. (W. L. B.) Der kaiserlich deutsche
Votschafter von Tschirschy und Bögendorff ist heute nach-
mittags 5 Uhr im Sanatorium Köw, wo er Heilung von
einem inneren Leiden gesucht hatte, an einer Embolie der
Lunge gestorben.

Herr v. Tschirschy u. Bögendorff war als Staatssekretär
des Auswärtigen Amtes einer in einer langen Reihe, von der sich
nur die Gestalt des gleichfalls schon verstorbenen Herrn v. Aiderlen-
Wächter markant hervorhebt. Er war nicht mehr und nicht
weniger als einer der Vertreter einer Politik, die von der Sozial-
demokratie stets entschieden bekämpft wurde. — Eine eigentliche
geschichtliche Rolle hat er erst als deutscher Votschafter in
Wien gespielt, oder richtiger: er soll sie gespielt haben. Solange er
in Berlin war, hatte man nicht den Eindruck, daß er sich dazu be-
rufen fühlte. In den Kriegsschriften des Auslandes und in
politischen Gesprächen des Inlandes ist sein Name im Zusammen-
hang mit den Ereignissen, die dem Kriege vorangingen, ebenso
häufig genannt worden, wie der des Grafen Tisza. Was an all
diesen Erzählungen wahr ist, wird die unparteiische Geschichts-
forschung der Zukunft nachprüfen. Sie wird feststellen ob der
verstorbene Diplomat, wie er es sein sollte, als Votschafter immer nur
das ausführende Organ der Reichsleitung gewesen ist. Zu
einer solchen leidenschaftslosen Nachprüfung ist die Zeit noch nicht
gekommen.

Burian in Berlin.

Berlin, 15. November. (W. L. B.) Der österreichisch-ungarische
Minister des Aeußern, Baron Burian, ist, begleitet von dem Vot-
schafter v. Nerey und dem Grafen Doyos, von Wien hier ein-
getroffen.

man kann aber nicht die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung durch bloße Befehle erhöhen, wenn die Vorbedingung gesunder Arbeitsverhältnisse und ausreichender Ernährung fehlt.

Dies ist also der Punkt, auf den das Hauptaugenmerk zu richten ist, und es trifft sich schlecht, daß gerade jetzt eine Mitteilung des Herrn v. Watocli an den Vorstand des deutschen Städtebundes veröffentlicht wird, wonach das Gebiet der öffentlichen Bewirtschaftung jetzt im wesentlichen abgeschlossen sei.

Es trifft sich ebenso schlecht, daß gerade jetzt, wo Hindenburg jetzt für die Arbeiterernährung fordert, berichtet wird, daß für Gänse und Enten keine Höchstpreise festgesetzt werden sollen. Begründung: die Preise wären ohnehin schon so hoch, daß dieses angenehme Nahrungsmittel „für die Allgemeinheit nicht mehr in Betracht käme“. Das ist nun allerdings ebenso traurig wie wahr.

Trotzdem müßte auch jetzt noch ein Weg gefunden werden, um hochwertige Nahrungsmittel für die zu sichern, die sie am meisten brauchen, statt für die, die sie am höchsten bezahlen.

Der Reichskanzler hat den Ausführungen Hindenburgs in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen lebhaft zugestimmt. Er wird sich also auch der Erkenntnis nicht verschließen können, daß ein Danachhandeln unerlässliche Vorbedingung für die Wirksamkeit des Dienstpflichtgesetzes ist, mit dessen Ausarbeitung die zentralen Reichsbehörden beschäftigt sind.

Ueber dieses Gesetz verlaute jetzt, daß der Zwang zur Arbeit keineswegs allgemein eintreten wird, sondern daß er nur als letztes Mittel gedacht ist, das hoffentlich nur in Ausnahmefällen zur Anwendung gelangen werde. Das Gesetz soll eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht zur Tätigkeit im Dienste der Kriegführung und der Kriegswirtschaft begründen und gleichmäßig alle nicht militärisch einberufenen männlichen Personen treffen, die nach ihrem Alter und ihrer Gesundheit brauchbar erscheinen. Soziale Unterschiede sollen nicht gemacht, auf Wohnort, Familienverhältnisse, Leistungsfähigkeit soll möglichst Rücksicht genommen werden.

Allgemeiner Grundsatz ist: Wer im vaterländischen Hilfsdienst (Herstellung des Kriegsbedarfes) schon beschäftigt ist, soll weiter nicht geniert werden. Daß dieser Grundsatz in der Kriegswirtschaft reslos durchzuführen lassen wird, scheint uns fraglich. Ernst muß aber unter allen Umständen mit der Zusage gemacht werden, daß durch Verschiebung von Arbeitskräften kein Lohndruck eintreten darf. Die für diesen Fall in Aussicht gestellte behördliche Gegenwirkung muß jeden nach dieser Richtung zielenden Versuch von vornherein ausschließen.

Dem die Leistungsfähigkeit, die Hindenburg für die Arbeiter der Kriegswirtschaft verlangt, setzt eine entsprechende Zahlungsfähigkeit voraus. Es ist schlimm, wenn es keine hochwertigen Nahrungsmittel gibt, es ist fast noch schlimmer, wenn sie im Schaufenster liegen und man hat kein Geld, sie zu kaufen!

General v. Beseler an die Polen.

Warschau, 13. November. (W. Z. V.) Am 3. November empfing Generalgouverneur von Beseler im Schloß Belvedere eine Abordnung von Anhängern der Unabhängigkeitspartei; darunter befanden sich vom Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens unter anderen: die Herren Professor Humnidi, Schriftsteller Studnicki und Rechtsanwalt von Rawowicki. Der Generalgouverneur beantwortete die Anrede der Abordnung ungefähr wie folgt:

„Ich danke Ihnen für den Ausdruck der Dankbarkeit, den Sie meinem hohen Herrn überreichen, und hoffe, daß auch er zufrieden sein wird. Ich sage Ihnen frei und offen, daß wir in diesem Kriege, zu welchem wir gezwungen worden waren, und in dem wir an so vielen Fronten kämpfen, vor allem an uns selbst und unserer Schutz denken müssen. Wenn es uns gelingt, auch andere politische und Kulturfragen zu lösen, sind wir sehr zufrieden. Unter den Fragen, deren Lösung uns schon lange am Herzen liegt, ist vor allem die Angelegenheit der Gestaltung unserer Reichsgrenzen wichtig. Zwischen Polen und Deutschland gab es im Laufe der Geschichte verschiedene Streitigkeiten, doch denke ich, ebenso wie dieser Krieg mit dem Osten hoffentlich der letzte ist, daß auch Ihre Streitigkeiten mit Deutschland sich nicht mehr wiederholen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Polen der westlichen Kultur angehört, und damit muß es auch mit dem Westen seine Front gegen den halbasiatischen, byzantinischen Osten wenden. Aus diesem Grunde haben wir, indem wir Ihnen uns mitgeteilten Wunsch erfüllen, das Fundament des polnischen Staates geschaffen. Auf diesem Fundament werden wir auch weiterhin mit Ihnen zusammen bauen, wobei ich bemerken muß, daß der Krieg fortdauert, und daß es verschiedene Kriegsnotwendigkeiten gibt, die unvermeidlich sind und mit welchen man sich ausöhnen muß.“

Sie haben den Wunsch geäußert, ein polnisches Heer zu gründen, das gegen Rußland kämpfen soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir auch dazu kommen werden, und Sie können, was die Ausbildung anbelangt, auch in dieser Hinsicht ruhig sein, da unsere in hundertjähriger Erfahrung erprobte und in hundert Schlachten erprobte Armee Ihnen die Gewähr gibt, daß auch Ihr Heer in gleicher Weise organisiert werden wird.

Zuletzt füge ich noch hinzu, daß in dieser Kriegszeit nicht jeder Ihrer Wünsche sich ohne weiteres erfüllen lassen wird, doch hoffe ich, daß wir bei gegenseitigem Vertrauen miteinander zufrieden sein werden.

Die englischen schwarzen Listen.

Greshs Beantwortung der amerikanischen Note.

London, 15. November. (Z. U.) Meldungen des Reuterschen Bureaus zufolge hat Minister Gresh auf die amerikanische Note, welche die britischen schwarzen Listen als eine willkürliche Einmischung in den neutralen Handel bezeichnet, nunmehr geantwortet. Gresh weist in dieser Antwortnote darauf hin, daß das Verbot, mit bestimmten Personen im Auslande Handel zu treiben, eine Angelegenheit sei, die einzig und allein die englische Gesetzgebung angehe, da es nur für Personen gelte, die sich in dem vereinigten Königreich befinden. Niemals habe England Unannehmlichkeiten oder strafende Maßnahmen gegen die Bürger neutraler Länder oder gegen den neutralen Handel ergriffen wollen. Gresh bezeichnet dann die amerikanischen Furcht, daß die schwarzen Listen Englands eine willkürliche Maßnahme seien, als durchaus grundlos. — Es gäbe, so sagt Gresh, in den Vereinigten Staaten und in den anderen neutralen Ländern immer noch Leute, die nicht einsehen wollten, daß die englischen schwarzen Listen eine Maßnahme gegen den Feind seien, die nicht bezwecke, dem englischen Handel auf Kosten der Neutralen Vorteile zu verschaffen.

England wolle nur, daß die britischen Untertanen mit bestimmten Firmen keinen Handel treiben sollen. Die englische Regierung wolle den Bürgern der Vereinigten Staaten und den anderen neutralen Staaten nicht vorschreiben, mit wem sie Handel treiben sollen und mit wem nicht, aber es sei ihr Recht, den britischen Untertanen zu verbieten, Handelsbeziehungen mit Personen zu unterhalten, die ihr Geschäft zum Nutzen der Feinde Englands

führen. Die britische Regierung könne daher nicht zugeben, daß die schwarzen Listen dem internationalen Rechte widersprächen. Weiter wendet sich Gresh in seiner Antwort gegen die Meinung einzelner Kreise, daß die militärische Lage so günstig sei, daß solche Maßnahmen nicht getroffen zu werden brauchen. Gresh erklärt weiter, obwohl die militärische Lage stark gebessert sei, stehe nichtsdestoweniger noch ein schwerer Kampf bevor, so daß es nötig sei, jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, welches den Sieg über den Feind verbürge, auch wenn diese Maßnahmen Unannehmlichkeiten für die Neutralen mit sich bringen sollten.

Im nächsten Teile behandelt Gresh die Frage der Verweigerung von englischer Bunkerkohle für Dampfer, die Waren für Firmen verschiffen, welche auf der schwarzen Liste stehen. Warum, fragt Gresh, sollte England seine eigenen Steinöfen nicht den Verweigern, welche die Feinde Englands unterstützen? Britische Steinöfen werden nur Schiffen geliefert, welche ehrlichen Handel mit den Verbündeten Englands und den neutralen Ländern treiben. Zum Schluß verliert Gresh die Furcht der Neutralen zu zerstreuen, daß die Kontrolle, welche von einem einzigen Staate über die Verkehrsmittel ausgeübt werde, von ihm nicht benutzt werden könne, um den Weltverkehr zu seinen Gunsten zu zersplittern. Er hofft, daß seine Erklärungen alle Verdächtigungen und die verkehrten Begriffe, welche in den Vereinigten Staaten über das eine und andere herrschen, beseitigen werden.

Englands Lebensmittelfrage.

Rotterdam, 14. November. (W. Z. V.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß laut „Daily Mail“ die Regierung beschlossen habe, morgen folgende Resolution des Unionisten Hewins zur Debatte im Unterhause zuzulassen. Nach Ansicht des Hauses ist es Pflicht der Regierung, weitere Maßnahmen zu treffen, um den Lebensmittelvorrat des Landes zu vermehren und zu erhalten und so die Gefahr des Mangels und einer bedenklichen Steigerung der Lebensmittelpreise im Falle einer längeren Dauer des Krieges zu vermindern.

Die Regierung habe die Beratung darüber zugestanden, um Runciman zu ermöglichen, eine Erklärung über die Regelung der Lebensmittelinfuhr abzugeben. Bekanntlich sei Runciman wegen der Schiffverluste infolge des U-Bootkrieges in Sorge.

Auch andere Blätter befassen sich mit der gesteigerten Tätigkeit der deutschen U-Boote. „Times“ druckt an auffälliger Stelle eine Liste der am Sonnabend und Sonntag gemeldeten Schiffverluste ab. „Daily Chronicle“ bringt in einem Leitartikel die Lebensmittelpreise und den U-Boot-Einsatz miteinander in Verbindung und schreibt: Das Problem des Schiffsraumes ist wieder in ein schwieriges Stadium getreten, zum Teil, wenn auch nicht ausschließlich, infolge des U-Bootkrieges. Man braucht nur die täglichen Verluste an Handelschiffen, die in Grund gebohrt werden, zu beachten, um zu sehen, daß der Kampf zwischen der englischen Admiralität und den Piraten, der seit 22 Monaten hin und her schwankt, im Augenblick für die Piraten günstig steht.

Die schwedisch-englischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 15. November. (W. Z. V.) Wie „Politiken“ aus Stockholm gemeldet wird, warnen die schwedischen Blätter vor zu großem Optimismus bezüglich der schwedisch-englischen Verhandlungen, die sich noch in unentschiedenem Stadium befinden. Die Kommission der schwedischen Unterhändler sei durch zwei Mitglieder ergänzt worden, nämlich den Sekretär der Proviantierungskommission, Marcus, und den Direktor der englischen Abteilung der Handelskommission, Fredholm.

Die Arbeiterabschiebung aus Belgien.

Die deutschen Maßnahmen gegen die Arbeitsverweigerungen in Belgien werden in der „Fürlicher Post“ als notwendig und verständlich anerkannt. Die Wolff meldet, meint das Blatt:

Es handele sich nicht um eine plötzliche und grausame Kündigung der Sieger zu Zwecken der Vergeltung, sondern um eine längst vorbereitete und offen angekündigte Maßnahme. Seit Beginn dieses Jahres bildete die Frage der Arbeitslosigkeit und Arbeitsunwilligkeit eine ständige Rubrik in der belgischen Presse. Immer wieder tauchten Klagen auf über den Mißbrauch der Unterstellungen. Zahlreiche Arbeiter, die in Belgien keine Arbeit mehr fanden, wiesen hohe Angebote in Deutschland ab, um sich von Unterstützungsgeldern zu ernähren; dieser Zustand war zu einer wahren Landplage geworden. Welchen Umfang die belgische Arbeitslosigkeit angenommen hätte, geht aus der belgischen und Entente-Presse hervor. Nach dem in Le Havre erscheinenden „XX. Siècle“ gab es allein in Brabant 150 000 Arbeitslose; der belgische „Standard“ wies am 9. August darauf hin, daß 700 000 Arbeiter nicht durch Arbeitsmangel unterstützungsbedürftig geworden seien, sondern einfach die Arbeit verweigerten, weil sie es vorzogen, von Unterstellungen zu leben. Diese Feststellungen der belgischen Presse, die vor dem Arbeiterabschub die Notlage der belgischen Arbeitslosen geheißt, lassen es als zweifellos erscheinen, daß die deutschen Maßnahmen in jeder Beziehung notwendig waren. Nach alledem ist kein Grund vorhanden, den deutschen Versicherungen zu mißtrauen, nach denen nur diejenigen Arbeiter, die nicht freiwillig gegen guten Lohn Arbeit annehmen, zwangsweise zu Arbeitszwecken abgeführt werden. Offensichtlich handelte es sich um eine verständliche Notstandsmaßnahme. Es wäre unerfindlich, warum die deutschen Behörden unnötig Unruhe im belgischen Lande schaffen sollten, und dies würde um so unerklärlicher sein, nachdem die letzte Kanzlerrede die Ratifikationen über deutsche Annexionspläne in Belgien energisch dementiert hat.

Die Aussichten naturalisierter Deutscher in Belgien.

Der Pariser „New York Herald“ vom 8. November meldet laut W. Z. V. aus Le Havre:

Es ist ein Irrtum, daß die Todesstrafe in Belgien abgeschafft worden ist. Sie ist allerdings seit 50 Jahren regelmäßig durch einen Gnadenakt in lebenslangliches Zuchthaus umgewandelt worden. König Albert und seine Minister haben nun beschlossen, daß Landesverrätern im Kriege diese Gnade nicht zuteil werden soll. Die Todesstrafe wird jeden Vagabunden treffen, der die Waffe gegen sein Land getragen hat. Diese Entscheidung betrifft vor allem die zahlreichen Deutschen, die durch Naturalisierung Belgier geworden sind und dann gegen Belgien gekämpft haben.

Ein Befehlentwurf wird vorbereitet, durch den die Naturalisierung von Untertanen der Mittelmächte und ihrer Verbündeten so gut wie unmöglich gemacht werden soll. Dieses Gesetz kann aber erst nach Zutritt der Kammer eingebracht werden.

Trotz des Krieges wollen wir hoffen, daß der Friedensschluß auf eine Grundlage gestellt sein wird, die solche Hemmnisse freier und internationaler Beziehungen der Völker durchaus unmöglich macht.

Eröffnung der Reichsduma.

Petersburg, 14. November. (W. Z. V.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Duma ist nach feierlichem Teedeum in Gegenwart des Kabinetts eröffnet worden.

Petersburg, 15. November. (W. Z. V.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Verkehrsminister verlangte einen Kredit von 71 Millionen Rubel zur Errichtung eines staatlichen Eisenwerkes im Süden Rußlands.

Mandatsniederlegung des Abgeordneten für Petrikau.

Warschau, 18. November. (W. Z. V.) Der hiesige „Goniec Poranny“ vom 12. November bringt folgenden Brief an die Schriftleitung:

Sehr geehrter Herr! Ich bitte Sie, folgende Erklärung in Ihre weitverbreitete Zeitung aufzunehmen: Mit dem Augenblick der Unabhängigkeitserklärung des polnischen Staates hat die weitere Teilnahme der Polen an den russischen Gesetzgebenden Körperschaften jede Begründung und jeglichen politischen Sinn verloren. Ich habe tatsächlich an den Arbeiten der Duma seit Beginn des Krieges nicht teilgenommen; ich bin sogar im April dieses Jahres aus dem Stolo Polakie — aber nicht aus der Duma — durch die in Petersburg verbliebenen Mitglieder dieses Stolo ausgeschlossen worden. Heute halte ich es für richtig, sowohl meinen Wählern als auch dem Plenum der Duma mitzuteilen, daß ich das Abgeordnetenmandat, mit dem ich im Jahre 1912 betraut wurde, öffentlich niederlege.

W. Lempicki,
früherer Dumaabgeordneter des Gouvernements Petrikau.

„Gefährliche Gerüchte“ in Rußland.

Im Leitartikel des „Utro Rossij“ vom 1. November heißt es: Seit mehreren Tagen schleichen allerhand Gerüchte durch das Land. Sie schleichen von Straße zu Straße, von Haus zu Haus. Bald heißt es in den Krankenhäusern, daß man die Kranken nicht spazierengehen lassen kann, weil die Straßenbahnen und Fabriken gleich stehenbleiben und das elektrische Licht ausgehen wird. Bald wird die „sichere Wahrheit“ weitergegeben, daß in Charkow Unruhen ausgebrochen sind. Bald ist von Petersburg die Rede: „Läden am Newsky sind geplündert worden, es ist auch geschossen worden.“ Und die Phantasie des erschrockenen Einwohnern malt sich beunruhigende Bilder aus.

Auf dem Hintergrunde der Verpflegungsschwierigkeiten, der Teuerung, der Spannung der Kriegszeit, fangen die Leute an, dieses als wahrscheinlich anzusehen, was gestern noch für unmöglich gehalten wurde. Wegen dieser Gerüchte wendet sich jetzt der Aufruf der Arbeitergruppe des Kriegsindustriellen Zentralkomitees, wonach diese Gerüchte überall umlaufen: während in Moskau über Petersburg geredet wird, tut man es in Petersburg über Moskau, in Charkow über Petersburg und Moskau. Dabei stellt der Aufruf fest, daß alle diese Gerüchte der Begründung entbehren, und fordert die Arbeiter in allen Städten auf, gegenüber diesen gefährlichen Gerüchten größte Vorsicht zu üben.

Was bedeutet alles dieses? Woher stammen die Gerüchte? Halten es die Nerven und die Einbildungskraft der Bevölkerung nicht mehr aus und lassen sie selbst alle diese jedenfalls „etwas verfrähten“ Schrecken entstehen, oder zupfen irgendwelche „Wohlfühlende“ absichtlich an den Nerven, in der Annahme, diese seien jetzt so straff gespannt, daß man auf ihnen eine „Schredenskrone“ spielen kann? Die Methode der Gerüchte ist alt und erprobt. Bekanntlich ist „das Gerücht bereits die halbe Tatsache“. Vielleicht soll jetzt in Rußland nach dieser Methode gehandelt werden. Die Arbeitergruppe stellt die Frage, ob hinter diesen Gerüchten nicht irgendein unsichtbarer tätiger böser Wille steckt. Das ist sehr möglich. Jedenfalls ist der Aufruf der Arbeitergruppe sehr zu begrüßen, die sich entschlossen hat, diesem bösen Willen ihren Aufruf zur Ruhe entgegenzustellen. (W. Z. V.)

Der Seekrieg.

Spanien „zwischen Hammer und Amboss“.

Madrid, 14. November. (W. Z. V.) Durch Funkspruch vom Vertreter des Wiener R. R. Telegr.-Bureaus. „Imparcial“ bringt die Nachricht, daß gestern drei spanische Fruchtschiffe von Valencia nach England in der Meerenge von Gibraltar durch englische Kriegsschiffe angehalten und zur Rückkehr nach Valencia gezwungen wurden, weil sie deutsche Konsulatsbewilligung für Fruchtexport besaßen. „Imparcial“ sagt hinzu, durch dieses Vorgehen Englands gerate Spanien zwischen Hammer und Amboss, denn, wenn unsere Fruchtschiffe mit Deutschlands Bewilligung ausfahren, so werden sie von den Engländern angehalten. Wenn sie jedoch ohne dieselbe ausfahren, so werden sie von den Deutschen torpediert.

Der Untergang der „Imperatriz Maria“.

Stockholm, 14. November. (W. Z. V.) „Aha Dagligt Allehanda“ meldet aus Haparanda: Das russische Marineministerium macht (etwas abweichend von der ersten amtlichen Meldung. Die Redaktion) bekannt, daß am 21. Oktober Feuer an Bord des Linienkriegsschiffes „Imperatriz Maria“ in Sebastopol ausgebrochen sei. Als zu befürchten stand, eine Explosion der großen Munitionsvorräte auf dem Schiff werde auf den anderen Schiffen, im Hafen und selbst in der Stadt verheerend wirken, sei beschloffen worden, die Bodenventile zu öffnen; das Schiff sei binnen fünf Viertelstunden gesunken und liege jetzt im flachen Wasser. Ein Offizier, zwei Unteroffiziere und 140 Mann seien mit in die Tiefe gegangen.

12 000 Tonnen-Transportdampfer bei Malta torpediert.

Berlin, 15. November. (W. Z. V.) Amlicha. Eines unserer Unterseeboote hat am 6. November, 80 Seemeilen von Malta, einen feindlichen Transportdampfer von etwa 12 000 Tonnen, der von Zerstörern und Fischdampfern geleitet war, durch Torpedoschuß versenkt.

Amsterdam, 15. November. (W. Z. V.) Die holländischen Dampfer „Gorredijk“ (Rotterdam—New York) und „Nijdam“ (New York—Rotterdam) haben ihre Post in England zurücklassen müssen.

Berlin, 15. November. (W. Z. V.) Die feindliche Presse verbreitet geflissentlich die Behauptung, daß der griechische Dampfer „Angeliki“ durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden sei. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist diese Behauptung falsch. Für die Torpedierung des Dampfers „Angeliki“ kommt ein deutsches Unterseeboot nicht in Betracht.

Stockholm, 14. November. (W. Z. V.) Der schwedische Dampfer „Astrid“, der vor dem Kriege als Luftschiff „Soga“ in den Schären Stockholms verwendet wurde, ist von einem deutschen U-Boot auf dem Wege von Stockholm nach Kaumo in Finnland versenkt worden. Die Mannschaft ist gerettet.

Kopenhagen, 14. November. (W. Z. V.) Der dänische Dampfer „Beira“ hat in dem portugiesischen Hafen Brissam (B) die Besatzung des im Atlantischen Ozean von einem deutschen Unterseeboot versenkten englischen Dampfers „Merazano“ gelandet.

London, 14. November. (Neutermeldung.) Es wird gemeldet, daß die Dampfer „Vernicia“ und „Corinth“ versenkt worden sind; die Mannschaft des letzteren ist gelandet. Auch der englische Dampfer „Petrolina“ ist verloren gegangen. (W. Z. V.)

Bern, 14. November. Nach einer Havasmeldung aus Madrid hat vorgestern morgen „U 49“ den englischen Dampfer „Clan Buchanan“ angegriffen. Auf drastische Hilferufe erschien der Postdampfer „Hollandia“. Einzelheiten über die Rettung fehlen. Die

Befahrung des Dampfers „Eisa Marina“ habe erklärt, daß das U-Boot nachts das Meer mit riesigen Scheinwerfern überwachte.

London, 15. November. (W. Z. B.) Bloops melden, man glaubt, daß der britische Dampfer „Polpeda“ versenkt worden ist.

Die feindlichen Heeresberichte.

Fransösischer Bericht vom 14. November nachmittags. (W. Z. B.) Südlich von der Somme war in der Gegend von Pressoire während der Nacht das Artilleriefeuer recht lebhaft. In der Champagne verdrängte eine starke feindliche Abteilung nach heftiger Beschießung sich westlich von Kuberve den französischen Linien zu nähern; sie wurde mit Leichtigkeit durch Feuer abgewiesen. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Vom 14. November abends. Südlich von der Somme beschoß die feindliche Artillerie, der die unsere kräftig antwortete, während des Tages heftig die Gegend von Pressoire und den Abschnitt von Biaches und Maisonnette. In den Argonnen besetzten wir bei Bour de Paris einen Trichter, der durch die Explosion einer deutschen Mine entstanden war. An der Front von Verdun zeitweilig ausgesetzte Beschießung, die lebhafter war in der Gegend von Vaux und Douaumont. Der Tag war sonst überall ruhig.

Orientarmee. Der 13. November war gekennzeichnet durch das Fehlen von Infanterietätigkeit. Der Artilleriekampf hielt sich auf sehr lebhafter Höhe von der Gerna bis zum Freipalce. Die dem Feinde durch die französisch-serbischen Truppen während der Kämpfe am 10., 11. und 12. November abgenommene Beute umfaßt 26 Geschütze, darunter 8 schwere, 21 Munitionswagen und eine große Menge von Gewehren, Granaten und sonstigem Material. Die Gefangenenzahl übersteigt zurzeit 1447, darunter 20 Offiziere mit einem Obersten.

Belgischer Bericht. Heftige wechselseitige Beschießung an der belgischen Front. Der Artilleriekampf war besonders lebhaft in der Gegend von Dismude. Die Gegend östlich von Peris lag unter dem Beschuss der belgischen Batterien. Bombenwerferkampf in Richtung auf Steensraete.

Englischer Bericht vom 14. November nachmittags. (W. Z. B.) Wir erlauteten das stark befestigte Dorf Beaumont-Hamel und rückten bis an den Rand von Beaucourt an der Anece vor. Die Zahl der Gefangenen nimmt bedeutend zu. Seit gestern früh passierten über 4000 die Sammelleisten. Die Kämpfe dauern an.

Vom 14. November abends. Das Dorf Beaucourt ist in unserer Hand. Die Gefangenenzahl ist schon jetzt beträchtlich, über 5000, weitere werden eingebracht. Heute wurde östlich der Butte von Barleucourt ein erfolgreicher östlicher Vormarsch unternommen. Alle Ziele wurden erreicht.

Russischer Bericht vom 13. November. (W. Z. B.) Westfront: Am 12. November wurde der tapfere Brigadeführer Generalmajor Remesoff in der Gegend von Garbulow-Gulalouze während der Beschichtung einer Stellung durch eine Explosionsmine getötet. — An der Karajowa in der Gegend der Dörfer Lipnica Dolna und Swistelniki beschoß unsere Artillerie die Gräben des Feindes, welcher mit Minen- und Bombenwerfern erwiderte. Der Kampf dauert fort. An der Vostzica unternahmen unsere Aufklärer eine gelungene Erkundung in der Gegend des Dorfes Vohorodczyn, drangen durch zwei Stachelbrünnlein, griffen einen feindlichen Feldposten an und machten einige Gefangene. In den Waldkarpaten wurden die Angriffe des Feindes südwestlich des Dorfes Dzembronica mit dem Bajonett unter großen Verlusten des Gegners zurückgewiesen. Südlich von Dorna Watra dauern die hartnäckigen Angriffe des Feindes in der Gegend von Sollo und Tölgnes fort.

Kaukasusfront: Der türkische Angriff im Westen von Gümüşhane südlich von Rigihi wurde abgeblasen.

Rumänische Front: (Siebenbürgen.) Der Feind, welcher im Jiu-Tale die Offensive ergriffen hat, drängte die rumänischen Truppen zurück, die ihrerseits im Norden und Süden dieses Tales zur Offensive übergingen und eine Reihe von Höhen nahmen. Der Feind unternahm erbitterte Angriffe in der Gegend von Rumänisch-Campolung, im Jiu-Tale und bei Drjowa. Der Kampf dauert dort fort.

Dobrudscha-Front. Am linken Flügel rückten unsere Truppen ein wenig gegen Süden vor.

Dniep: In der Nacht vom 10. auf den 11. November drang eine Flottille von feindlichen Torpedobooten neuen Typs mit einer Geschwindigkeit von 38 Knoten in den finnischen Meerbusen ein. Diäter Rebel hatte ihre rechtzeitige Entdeckung verhindert. Infolgedessen hatte der Feind mehrere Minuten Zeit, um auf Vollstopp an 100 Geschosse, zumeist Schrapnell, abzufeuern. Sieben Einwohner, darunter 5 Kinder und 2 Soldaten, wurden getötet, eine Frau und 4 Soldaten verwundet. Außerdem wurden einige Baulichkeiten beschädigt und 12 Pferde getötet. Während der Feind sich eiligst zurückzog, versenkten wir die meisten seiner Torpedobooten. Die Verfolgung des Restes der feindlichen Abteilung wurde durch den dichten Nebel sowie durch die rechtzeitige Entdeckung feindlicher Schiffe behindert und aufgegeben. Wir erlitten keinerlei Verluste.

Schwarzes Meer: Am Bosporus zerstörte eines unserer Unterseeboote einen Dampfer, der, als er ihm begegnete, auf Strand lief. Dasselbe Unterseeboot versenkte ein Segelschiff und brachte ein anderes nach Sebastopol ein.

Vom 14. November. (W. Z. B.) Westfront: Am Karajowa-Fluß in den Gegenden der Dörfer Lipnica Dolna und Swistelniki Aufklärungsunternehmen und hartes Artilleriefeuer. In den Waldkarpaten wurden die Angriffe des Feindes in der Gegend von Jawornik und südlich des Pniew-Berges durch unser Feuer zurückgewiesen.

Kaukasusfront: Nichts Wichtiges.

Rumänische Front: (Siebenbürgen.) In den Tälern der Flüsse Trotus, Dito und Turgului wurden die Angriffe des Feindes abgeblasen. Im Dit-Tale gelang es dem Feinde durch hartnäckige Angriffe, die rumänischen Truppen zurückzudrängen. Im Jiu-Tale bemächtigte sich der Feind des Dorfes Rumbescl. (Dobrudscha) Lage unverändert.

Italienischer Bericht vom 14. November. (W. Z. B.) An der Front im Trentino Tätigkeit beider Artillerien. Die unsere behinderte Bewegungen feindlicher Kolonnen und Wagen im Brandtal. In der Gegend am Col Santo und von Folgaria sowie auf den Hochgebirgen von Tomazza und Schleggen versuchten feindliche Flugzeuge nachdrückliche Erkundungen über unserem Gebiet; sie wurden durch das Feuer der Abwehrbatterien und durch Angriffe unserer Flieger verjagt. Im Hochpano gelang es einem feindlichen Fluggeschwader, Bomben auf den Kanal von San Vovo abzuwerfen, die zwei Soldaten und einige Tiere töteten. — An der übrigen Front bis zum Meere hin und da Artilleriekämpfe. — Auf dem Karst verbesserte unsere Infanterie durch Vorrücken einige Punkte unserer Front. Ein Bombenwerfer mit Munition wurde auf dem neu besetzten Gelände aufgefunden.

Am 12. November abends warfen feindliche Seesflugzeuge Bomben auf Vadena, Montebelluna, Volesella, Magnavacca und Briano del Volesine, ohne Opfer oder Schaden zu verursachen. Die von feindlichen Fluggeschwadern gestern über Romans, Vermeigliano und Dohedo ausgeführten Flüge wiederholten ebenfalls. Ein Flugzeug, das einen unserer Beobachtungsbalkons angriffen versuchte, wurde von Artilleriefeuer getroffen und stürzte auf feindlichem Gebiet in Richtung Cabrasina ab.

Rumänischer Bericht vom 14. November. (W. Z. B.) Nord- und Nordwestfront. An der Westgrenze der Moldau hat unsere Artillerie die feindliche zum Schmelzen gebracht. Im Trotus-, Igu- und Cazin-Tale greift der Feind seit dem 20. Oktober bis heute unablässig an; alle Angriffe sind blutig abgeblasen worden. Wir haben Gegenangriffe gemacht, 2 Offiziere und 81 Soldaten gefangen genommen und drei Maschinengewehre und Kriegsmaterial erbeutet. Vom Putna-Tale bis nach Predeal außer Beschäftigung und unbedeutenden Gefechten nichts Wesentliches. Im Prahova-Tale heftiger Geschützkampf.

In der Gegend von Dragoslavle hat der Feind mit Infanterie und schwerer Artillerie angegriffen und uns gezwungen, Gelände aufzugeben. Auf unserem linken Flügel hat der Feind aus dem linken Alt-Flur einige Stellungen besitz angegriffen, die wiederholt den Besizer wechselten; schließlich hat der Feind mit neuen überlegenen Kräften Fortschritte erzielt und unsere Truppen haben sich nach erbitterten Kämpfen gezwungen gesehen, sich zurückzuziehen. Südlich von Dumbesti an der Gerna Geschützkampf und Patrouillengefechte der Infanterie.

Südfront: An der Donau nichts Neues, in der Dobrudscha keine Veränderung.

Kleine Kriegsnachrichten.

Amerikanische Hilfe für deutsche Kriegsgefangene. Nach einem Telegramm aus Muiden der „Kowojew-Bremja“ vom 29. Oktober ist an die Adresse des amerikanischen Konsuls in Muiden die erste Partie Geschenke des amerikanischen Roten Kreuzes für die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in Rußland angekommen. Erwartet werden im ganzen 2000 Tonnen Geschenke; die erste Partie hatte ein Gewicht von 290 Tonnen.

Amsterdam, 15. November. (W. Z. B.) Nach einer hier eingetroffenen „Times“-Meldung aus Madrid ist eine Ausstellung von Zeichnungen des entente-freundlichen holländischen Zeichners Kacmaekers, im Auftrage der Polizei geschlossen worden.

Bern, 15. November. (W. Z. B.) „Temps“ meldet aus Ottawa: Der Ministerpräsident hat das Rücktrittsgesuch des Kriegsministers Hughes angenommen.

London, 15. November. (Z. U.) Der Korrespondent der „Times“ in Ottawa meldet, daß der Rücktritt des kanadischen Ministers Hughes in politischen und militärischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat. Es geht daraus hervor, daß Hughes von der Ernennung eines besonderen Ministers für die österreichischen Truppen nichts wissen wollte, wozu noch andere Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung kommen.

Munitionskonferenz der Alliierten. Basel, den 15. November. (Z. U.) Am Sonnabend trat in London eine Munitionskonferenz der Alliierten zusammen. Außer Lord Grey nahm auch der französische Unterstaatssekretär Thomas und der italienische General Dall'Osio daran teil. (Frankf. Ztg.)

Politische Uebersicht.

Abwehr.

Der „Vorwärts“ ist seit einiger Zeit den heftigsten Angriffen eines bestimmten Teils der deutschen Presse ausgesetzt, weil er behauptet, daß sich der Reichskanzler hinsichtlich der Friedensziele im Westen in einer gewissen Uebererreichung mit der Sozialdemokratie befinde. Ihren Spieß führen diese Angriffe vorläufig in einem Artikel der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“, überschrieben: „Unwürdige Mißdeutung“, in dem ausgeführt wird:

Es heißt, Herr v. Bethmann Hollweg habe schon in den Auslassungen von vornherein gegen eine solche an den Haaren herbeigezogene Anlegung Verwahrung eingelegt, und wenn es der Fall, so ist es bedauerlich, daß der Singschreiber der Öffentlichkeit davon keine Kunde gegeben hat. Damals konnte der Kanzler freilich nicht ahnen, daß ihn seine Handlung einer so unwürdigen Mißdeutung — unwürdig für ihn wie für die, die sich ihrer schuldig machen — aussetzen würde. Jedenfalls schicken wir uns dem Einspruch gegen ein solches Gebahren im höchsten Maße an, nicht aus parteipolitischen, sondern aus nationalen Gründen, denn es bedeutet eine gewissenlose Entwürdigung des nationalen Gleichgewichts und eine leichtfertige Untergrabung des nationalen Gemeingefühls, dessen wir so dringend bedürfen, wenn man aus Rücksichten der Parteireklame so weit das Augenmaß für die eigene Bedeutung verliert, daß man dem Kanzler die breite nationale Grundlage, auf der er ruht und suchen muß, zu entziehen sucht. Hätte man allerorts den Worten des Kaisers, daß er keine Parteien mehr kenne, größere Rücksicht geschenkt, so wäre uns ein gut Teil der leidigen Zwistigkeiten, in denen wir uns verzeihen, erspart geblieben.

Die „Köln. Ztg.“ könnte, wenn sie wollte, über die Auslassungen, die sie erwähnt, besser unterrichtet sein. Der Reichskanzler hat in dieser Sitzung einfach und ganz allgemein — in Abwehr von Angriffen, die gegen ihn gerichtet wurden — erklärt, sein Schweigen zu bestimmten Ausführungen sei nicht ohne weiteres als Zustimmung aufzufassen, handle es sich nur um Scheidemann oder um Gröber!

Geradezu erheitert wirkt die Unterstellung der „Köln. Ztg.“, wir ließen uns von Rücksichten auf die „Parteireklame“ leiten. Für die „Köln. Ztg.“ kann es eine Reklame sein, wenn sie sich als Organ des Reichskanzlers gebaren kann, für den „Vorwärts“ wäre es das gerade Gegenteil davon. Die Regierung erstreckt sich in den breiten Waffen nicht solcher Volkstümlichkeit, daß ein Volksblatt durch eine ideale Gemeinschaft mit ihr an Vertrauen gewinnen könnte.

Die „Köln. Zeitung“ weiß aber sehr gut, daß es sich dem „Vorwärts“ um etwas ganz anderes handelt. Es handelt sich ihm darum, der Sache des Friedens zu dienen, indem er dem Auslande gegenüber die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu Friedensverhandlungen immer wieder hervorhebt. Daß diese Bereitwilligkeit vorhanden ist, geht aus den Erklärungen des Reichskanzlers deutlich genug hervor. Daß Deutschland von Belgien und von Frankreich nichts nehmen will, daß Deutschland ferner bereit ist, einer überstaatlichen Organisation zur Veranlassung des Friedens beizutreten, hat Herr v. Bethmann gleichfalls gesagt. In diesen Punkten stimmen wir ihm so entschieden wie nur möglich zu, wenn wir auch in vielen andern abgrundweit von ihm getrennt sind.

Die „Köln. Ztg.“ verfallt in einen Fehler der alten Zeit; sie versucht, eine Sache dadurch verdächtig zu machen, daß sie sie als sozialdemokratisch stigmatisiert. Heutzutage darf man sich aber nicht den Luxus gestatten, das Vernünftige zu tun, bloß weil die Sozialdemokratie das Vernünftige will. Dieses Vernünftige und Notwendige kann durch die breiteste „nationale Grundlage“ — von der die „Köln. Ztg.“ den „Vorwärts“ unbarmherzig verstößt — nicht ersetzt werden.

Der „Vorwärts“ heißt aus nationalen Gründen, im Interesse des Volksganzen, alles gut, was geeignet ist, der Wiederherstellung des Friedens zu dienen, so wie er aus nationalen Gründen alle entgegengegesetzten Tendenzen bekämpft. Die „Köln. Ztg.“ aber hat sich aus alter, schlechter Gewohnheit wieder einmal im Volkselend verblüht, sie verwechselt „national“ mit „nationalistisch“.

Diplomatische Aftensätze.

Dem Reichstag ist das angeforderte Weißbuch über den Schriftwechsel mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika betreffend den Untersee-Krieg ausgegangen; gleichzeitig auch eine Uebersetzung des französischen Weißbuchs, enthaltend die diplomatischen Aftensätze zur Vorgeschichte des Krieges. Das Weißbuch ist eine Zusammenstellung der bereits einzeln veröffentlichten Notizen.

Der Arbeitsplan des preussischen Abgeordnetenhauses.

Das preussische Abgeordnetenhause, das am Donnerstag wieder zusammentritt, wird zunächst nur wenige Sitzungen abhalten. Die Diätensvorlage, deren erste Lesung auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht, soll nach den Verabredungen zwischen den Parteiführern ohne Debatte einer besonderen Kommission überwiesen werden. Auch der Antrag, der sich auf die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Fleisch, Fett und Zucker bezieht, und der voraussichtlich auf die Tagesordnung der Sitzung vom Freitag kommt, geht sofort an die verstärkte Staatshaushaltskommission. In der nächsten Woche werden die Plenarsitzungen ausfallen, damit den Kommissionen Gelegenheit zur Erledigung ihrer Arbeiten gegeben wird. Wenn die Plenarsitzungen wieder aufgenommen werden, richtet sich nach dem Verlauf der Kommissionsverhandlungen und nach den Vorlagen, die die Regierung einbringen wird. Als eine der ersten Vorlagen wird der Wohnungsgesetzentwurf erwartet.

Eine aufgehobene Freiheitsbeschränkung.

Berlin, 15. November. (Eigene Depesche des „Vorwärts“.) In den letzten Tagen der vorigen Woche wurden an den Befehl Befehlsbefehls der Bezirkskommandos angeschlagen, wonach ein Befehl der Arbeitsstätte nur mit schriftlicher Genehmigung der Behördeverwaltung, allenfalls des Vergarbeiterbeamten zulässig sein sollte. Diese Verfügung rief unter den Arbeitern große Erregung hervor. Der Vorstand des Vergarbeiterverbandes wandte sich direkt an das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster, das in einschlägiger Weise und mit dankenswerter Schnelligkeit die Aufhebung der Verfügung veranlaßt hat.

Ein Statthalter für Polen?

Die „Germania“ sagt am Schluß einer zusammenfassenden Besprechung der Staatsrats- und Landtagsbefehlsentwürfe v. Beselers: Sache der Polen wird es sein, diese Bildungsmöglichkeit freudig zu ergreifen und zu praktischen Ergebnissen in Parlament und Land zu führen. Wenn nach der Richtung alles mit gutem Erfolg geschieht, wird auch der lobenswerte Wille der Mittelstände beim Ausbau des neuen Königreiches sich gleich freudig weiter zu betätigen vermögen und um so eher zu dem nächsten Schritt kommen, der, sagen wir einmal beispielsweise, in der Berufung eines Statthalters liegen könnte. Das wäre ja wohl das Zwischenstadium, das zur späteren Königswahl am besten überleiten würde.

Zum Prozeß gegen den Abg. Dr. Soukup.

Wie wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, sind außer dem tschechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Franz Soukup, dem pensionierten Doktor Ollsch, ehemaligem Vorstand des Sicherheitsdepartements der Prager Polizeidirektion und zwei Medaillanten des Prager „Cas“ noch ein Handlungsdiener, zwei Studenten und drei Frauen wegen Hochverrats verschiedenen Grades und Verurteilung angeklagt. Einer der Studenten hat sich auch wegen Nichtbefolgung eines Einrückungsbefehls zu verantworten. Von den drei Frauen ist eine aus Schaffhausen in der Schweiz. Ein militärischer Sachverständiger im Deckfahrsache wohnt der Verhandlung bei.

Letzte Nachrichten.

Kommandierender General der Luftstreitkräfte.

Wesches Hauptquartier, 15. November. (W. Z. B.) Amtlich. Die wachsende Bedeutung des Luftkrieges hat es erforderlich gemacht, die gesamten Luftkämpfe- und Luftabwehrmittel des Heeres im Felde und in der Heimat in einer Dienststelle zu vereinigen. Der einheitliche Ausbau und die Bereitstellung dieser Kriegsmittel ist einem kommandierenden General der Luftstreitkräfte übertragen worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines kommandierenden Generals der Luftstreitkräfte ist Generalleutnant v. Soppner, bisher Führer einer Reservebrigade, beauftragt worden.

Erfundene Luftschlacht.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Der englische Funkpruch aus Kearnarvon vom 13. November 1916, 1 Uhr vormittags, gibt den Bericht eines französischen Berichterstatters der „Liberte“ vom 11. November über eine Luftschlacht wieder, welche über den deutschen Linien bei Baupause stattgefunden und mit einem völligen Siege der Engländer geendet habe.

Dieser Bericht ist in allen Teilen glatt erfunden. Der Berichterstatter hütet sich auch zu sagen, wann diese Luftschlacht stattgefunden haben soll. In Betracht kommen nur der 9. und 10. November; denn vom 4. bis 8. November machten Sturm und Regen größere Luftschlachten unmöglich, während am 11. November starker Nebel einsetzte, der auch in den folgenden Tagen die Fliegerbetätigung sehr regte, und es kam zu zahlreichen Luftkämpfen. Es fand aber weder eine größere Luftschlacht statt — nach dem Funkpruch sollten 30 britische Flugzeuge an dieser beteiligt gewesen sein — noch blieben die Briten Sieger, denn unsere Flugzeuge klärten an diesem Tage bis in die Gegend von Doullens auf. Am 9. November schossen wir hinter den feindlichen Linien 7, hinter den eigenen Linien 4, am 10. November hinter den feindlichen Linien 6, hinter den eigenen Linien 4 feindliche Flugzeuge ab. Wir verloren auf der ganzen Westfront zusammen 5 Flugzeuge.

Eröffnung der Duma.

Petersburg, 14. November. (W. Z. B.) Der Dumapräsident Rodzianko hielt eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Feind ist bereits niedergeworfen, aber er leistet noch mit verzweifelter Erbitterung Widerstand und füllt seine Niederlage voraus. Der Redner forderte dann auf, in diesem Augenblick, da sich der Sieg vorbereitet, noch größere Anstrengungen zu machen, um die große Sache der Befreiung der Welt zu einem guten Ende zu führen. Rußland wird seine Verbündeten nicht veraten und mit Entschiedenheit jeden Gedanken an einen Sonderfrieden zurückweisen. Der Abgeordnete Schildowski verlas im Namen des fortschrittlichen Blocks eine Erklärung, in der es heißt, die Duma möge in diesen Tagen der Prüfung bekräftigen, daß der Krieg zum guten Ende geführt werden müsse und daß eine andere Lösung unmöglich sei. Der Redner sagte zum Schluß, daß Rußland zu seinen Verbündeten, besonders zu dem großen England, tiefes Vertrauen hege, und richtete einen Wunsch an das polnische Volk, das die Freiheit nur in enger Verbindung mit den Alliierten wieder gewinnen werde.

Wilson's Kabinett.

W. Z. B. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Washington vom 13. telegraphiert: Das Kabinett des Präsidenten Wilson wird keine Veränderungen erfahren, falls die Mitglieder darin zu verbleiben wünschen.

Luftangriff auf Kairo.

Kairo, 13. November. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Bei dem heutigen Luftangriff wurden vierzehn Personen getötet, darunter vier Europäer, und 25 Personen, darunter vier Europäer, verwundet.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Filiale Berlin des Buchbinderverbandes

Hatte am Dienstag eine Generalversammlung. Zunächst hielt W. Garder, einer der Delegierten des Buchbinderverbandes in Köln, einen Vortrag über den Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln. Er gab über die wichtigsten Verhandlungen und Anregungen des Kongresses eine interessante Uebersicht. Zum Schluss behandelte er die Frage der Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die neben einer Hebung der beruflichen Verhältnisse und einer Förderung der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die zukünftige Friedenswirtschaft, in erster Linie auch die Unterbringung der Kriegsbeschädigten bezwecken sollen. Im Buchbindergewerbe und den verwandten Berufen sei leider eine solche Arbeitsgemeinschaft noch nicht zustande gekommen, trotz wiederholter Versuche der Organisation der Arbeiter. Im Anschluß an den Kölner Kongress sei wieder vom Buchbinderverband an die in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen ein entsprechender Entwurf überreicht worden. Jetzt bestiehe bei den Arbeitgeberorganisationen Geneigtheit, darauf einzugehen. In Stuttgart habe die Prinzipalvereinigung dem Entwurf zugestimmt. Wenn auch eine offizielle Antwort noch nicht eingegangen sei, so sei doch zu hoffen, daß auch im Buchbindergewerbe und den verwandten Berufen eine solche Arbeitsgemeinschaft zustande komme. — An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion.

Es folgte der Geschäfts- und Kassenbericht vom dritten Quartal. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben: Am Schluß des dritten Quartals hatte die Filiale 5017 Mitglieder, darunter 3550 weibliche. In der Album-, Rappen- und Galanteriebranche beschränkte sich die Tätigkeit der Brandenleitung im verfloßenen Quartal in der Hauptsache darauf, die im März des Jahres mit der Fabrikantenvereinigung der Lederwarenindustrie vereinbarte Feuerungszulage restlos zur Einführung zu bringen. — Auch wurden Schritte getan, die Feuerungszulagen zu erhöhen. Dies Bestreben scheiterte aber. Der Beschäftigungsgrad der Branche ist als guter anzusehen. Leider werden in manchen Werkstätten viel Ueberstunden geleistet. Auch hier verfuhr die Brandenleitung Abhilfe zu schaffen, besonders auch im Interesse der Arbeitslosen. In dessen fand dies wenig Anerkennung.

In der Kartonbranche war die Beschäftigung auf Voll sowohl wie auf Bezug im vergangenen Vierteljahr sehr schlecht. Eine Ausnahme machte nur die Zigarettenkartonage. In diesem Artikel ist durch die großen Heereslieferungen auch in Zukunft noch genügend Arbeit vorhanden. — Es ist nach langen Verhandlungen gelungen, den Tarif für die Kartonbranche, der am 1. Oktober ablief, unter Wahrung einer Feuerungszulage auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Wenn die Erfolge auch nicht groß waren, so ist doch wenigstens etwas erreicht, um der gewaltigen Teuerung Rechnung zu tragen. Nach dem Kassenbericht des Kassierers Kontostill balanzierte

die Kassa im 3. Quartal im Einnahme und Ausgabe mit 29 964,85 M.

Die Lokalkasse hatte am Schluß des 2. Quartals einen Bestand von 100 419,27 M. Neu eingenommen wurden im dritten Quartal 14 067,71 M., so daß die Gesamteinnahme mit dem alten Bestande 114 486,98 M. betrug. Dem stand gegenüber eine Gesamtausgabe von 8408,66 M. Es verblieb also am 1. Oktober ein Bestand von 106 078,32 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, den Kriegsteilnehmern zu Weihnachten ein Liebesgabenpaket zu senden.

Ferner wurde beschlossen, aus der Lokalkasse Zuschüsse zu leisten zu der Weihnachtspende, die die Verbandleitung für die Kriegsteilnehmer bzw. für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer beschlossen hat. Der Zuschuß aus der Lokalkasse wird betragen: bei einer Mitgliedschaft von 1 Jahr 3 M., bei einer Mitgliedschaft von 1 bis 3 Jahren 4 M., bei einer Mitgliedschaft von 3 bis 5 Jahren 6 M., bei einer Mitgliedschaft von 5 bis 10 Jahren 8 M. und bei mehr als 10 Jahren 10 M. Diese Sätze werden neben dem Satz von 5 M. auf geleistet, den die Verbandkasse gewährt. Schließlich werden Weihnachtspenden auch für die arbeitslosen und ausgefallenen Kollegen und Kolleginnen ausgeschrieben. Es erhalten nach Leistung von 52 Beiträgen die männlichen 5 M., die weiblichen 3 M.; nach 156 Beiträgen die männlichen 7,50 M., die weiblichen 5 M.; nach 280 Beiträgen die männlichen 10 M., die weiblichen 7,50 M.; nach 520 Beiträgen die männlichen 15 M., die weiblichen 10 M. Bedingung ist, daß seit dem 1. Oktober 1914 an Extrasteuer mindestens geleistet sind von den männlichen Mitgliedern zusammen 18 M., von den weiblichen Mitgliedern 6,50 M. Anspruch auf diese Unterstützung haben diejenigen, die bis Sonnabend, den 16. Dezember auf dem Arbeitsnachweis eingeschrieben sind.

Nach einem andern Beschluß ist die „Bewerkschaftliche Frauenzeitung“ in 1000 Exemplaren auf ein weiteres Jahr zu abonnieren und an die weiblichen Mitglieder unentgeltlich abzugeben. W.

Der Vorstemmerjunge — kein gewerblicher Lehrling.

r. Ein junger Arbeiter, der sich durch schriftlichen Vertrag verpflichtet hatte, sich in der Kesselschmiede der Firma Schwarzpflöck zum Vorstemmer ausbilden zu lassen und zu diesem Zweck eine Ausbildungszeit von drei Jahren innezuhalten, klagte beim Gewerbeamt auf Lösung des Vertrages wegen Mißhandlung durch seinen Meister. Nach der Feststellung des Gewerbeamtes hatte sich die Mißhandlung in den Grenzen des dem Lehrern gesetzlich zustehenden Züchtigungsrechts gehalten. Der Kläger hätte demnach, wenn er als gewerblicher Lehrling anzusehen war, kein Recht zur Lösung des Lehrvertrages gehabt. Mußte der Kläger aber — wie er behauptet — nicht als Lehrling, sondern als Arbeiter gelten, dann gab ihm die Züchtigung durch den Meister unbestreitbar das Recht, den Vertrag zu lösen.

Wenn Gewerbeamt herrschten Zweifel darüber, ob durch den Vertrag ein Lehr- oder ein Arbeitsverhältnis begründet sei, für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses sprach die Form des Vertrages, die erheblich abwich von den sonst üblichen gewerblichen

Lehrverträgen, wie sie auch die besagte Firma mit ihren Handwerkslehrlingen, wie Schlosser, Dreher und dergleichen abgeschlossen hat. Insbesondere ist die Entlohnung des Klägers weitentw. höher als das übliche Kostgeld gewerblicher Lehrlinge. Er erhielt nämlich vertragmäßig im ersten Jahre 20 Pf., im zweiten Jahre 25 Pf., im dritten Jahre 30 Pf. Stundenlohn und eine von der Firma zu bestimmende „Fleißzulage“, auf die aber nach dem Vertrage ein Rechtsanspruch nicht besteht.

Für die Auffassung des Klägers, daß ein Vorstemmerjunge kein gewerblicher Lehrling sei, wurde noch geltend gemacht, das Vorstemmen sei keine handwerkliche Tätigkeit, sondern nur eine Teilarbeit in der Kesselschmiede und werde manchmal von Kesselschmiedern, manchmal von ungelerten Arbeitern ausgeführt.

Zur Beurteilung der Frage, ob Vorstemmerjungen gewerbliche Lehrlinge sind, forderte das Gewerbeamt Gutachten von der Handelskammer und vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten ein. Die Handelskammer erklärte, sie sei für Fabrikbetriebe nicht zuständig und könne deshalb ein Gutachten über diesen Fall nicht erstatten. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten gab sein Gutachten dahin ab: Das Vorstemmen, das ist das Dichten der Kesselfugen mit dem Stemmeisen, sei keine gewöhnliche Arbeit, die von ungelerten Arbeitern ausgeführt werden könne, sondern erlernt werden müsse. Das Vorstemmen werde stets von besonderen Arbeitern ausgeführt. Die Vorstemmerjungen seien als gewerbliche Arbeiter anzusehen.

Die Kammer 5 des Gewerbeamtes folgte nicht diesem Gutachten, sondern kam im Gegenzug zu dem Urteil, daß kein gewerbliches Lehrverhältnis vorliege. Das ergebe sich aus der Form des Vertrages sowie aus der Art der Arbeit. Das Vorstemmen erfordere keine handwerkliche Ausbildung, sondern nur eine Handfertigkeit, die jeder ungelerte Arbeiter sich in einer gewissen Zeit aneignen könne. Demnach ist der Kläger nicht als Lehrling, sondern als Arbeiter anzusehen, also berechtigt ihn die Mißhandlung zur Lösung des Vertrages.

Ausland.

Der Bergarbeiterstreik in Australien.

Amsterdam, 15. November. (B. T. V.) Nach einer hier vorliegenden „Times“-Meldung aus Sydney haben 80 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. Hunderte von Dampfern liegen still, die Wollauktionen sind eingestellt, weil kein Schiffsraum mehr zu bekommen ist. Die Mehrheit der Bergarbeiter beschloß, über sämtliche Kohle den Boykott zu verhängen, um den Betrieb der Eisenbahnen und Straßenbahnen zu verhindern. Die Lebensmittelzufuhr ist beschränkt, die Preise schnellen in die Höhe. Zu einer großen Bergarbeiterversammlung wurde beschloßen, von der Staatsregierung den achtstündigen Arbeitstag zu fordern.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Kühl, schneefrei, jedoch überwiegend bewölkt, un- erhebliche Niederschläge, viel Rauchfrost.

A. WERTHEIM

Extra-Preise bis Sonnabend

Porzellan

- Weiss**
- Speiseteller . . . tief 22 flach 20 Pf.
 - Frühstücksteller 15 Pf.
 - Kompotteller 12 Pf.
 - Kartoffelnapfe mit Deckel . . 1.25
 - Tunkeschalen 48 65 Pf.
 - Kompottschüsseln v. 22 bis 70 Pf.
 - Bratenschüsseln oval von 28 Pf. bis 1.10
 - Bratenschüsseln rund 28 Pf.
 - Suppenschüsseln mit Deckel 1.25
 - Kuchenteller 18 Pf.
 - Kaffeekannen 35 45 Pf.
 - Teekannen 45 Pf.
 - Milchtöpfe 8 10 Pf.
 - Zuckerdosens 15 Pf.
 - Tassen 9 15 Pf.

- Tafelgeschirr „Hilde“**
- zartes Blumenmuster, feines Fabrikat
 - Speiseteller tief oder flach . 45 Pf.
 - Frühstücksteller 33 Pf.
 - Kompotteller 27 Pf.
 - Bratenschüsseln oval v. 1.55 b. 4.35
 - Bratenschüsseln rund . . . 1.95
 - Kompottschüsseln . . 1.35 1.65
 - Kartoffelnapfe mit Deckel . 2.45
 - Tunkeschalen 1.95
 - Suppenschüsseln mit Deckel 3.85

- Kaffeegeschirr „Adria“**
- blaues Randmuster
- Kaffeekannen 1.40 2.05
 - Teekannen 1.50 1.85
 - Milchtöpfe von 40 bis 95 Pf.
 - Zuckerdosens 75 Pf. 1.05
 - Kaffeetassen 55 60 85 Pf.
 - Kannenuntersetzer 65 Pf.
 - Butterdosens 1.55
 - Eierbecher 27 Pf.

- Butterdosens bunt bemalt 48 Pf.
- Salz- u. Pfeffergefäße bunt bemalt 12 Pf.
- Eierbecher bunt bemalt 8 Pf.
- Senfmenagen bunt bemalt 28 Pf.
- Obstsätze 7 teilig. 95 Pf.
- Obsteller mit Früchten dekoriert 12 15 18 28 Pf.
- Tassen bunt bemalt 18 bis 22 Pf.
- Kaffeegeschirr für 6 Personen 3.25 4.70 5.25 6.95
- Kaffeegeschirr für 12 Personen 8.50 9.80 10.50 11.25

Tafelgeschirre

für 6 Pers., 30 teilig für 12 Pers., 60 teilig für 12 Pers., 77 teilig

28 und 29 M. 46 und 53 M. 64 und 76 M.

Steingut

- Kaffeegeschirr „Rosamunde“**
- volles buntes Muster
- Kaffeekannen von 1.25 bis 3.15
 - Teekannen 1.90 2.15 2.40
 - Milchtöpfe von 50 Pf. bis 1.30
 - Kuchenteller 1.05
 - Kannenuntersetzer 95 Pf.
 - Zuckerdosens 80 Pf. 1.35 1.60
 - Teetassen 38 Pf.
 - Teller 33 Pf.

- Teegeschirr, braun glasiert**
- Teekannen von 65 Pf. bis 1.70
 - Schokolad.-Kannen . . 1.35 1.50
 - Teetassen 25 Pf., Kätzchenm. 38 Pf.

- Waschgarnituren**
- 5 teilig 4.25 4.60 5.75
 - Wasserkannen, bunt 65 Pf.
 - Blumentöpfe bunt 65 Pf.

- Kannenuntersetzer Majolika 48 Pf.
- Leuchter Majolika 60 Pf.
- Küchensgarnituren 22 teilig 9.75 10.50
- Küchensgarnituren mit Schubkasten 9.00
- Satztöpfe 6 Stück mit Randmuster 1.25

In allen 4 Geschäften Spielzeug-Ausstellung

Lebensmittel

- * Frische Plötzen u. Güstern Pfund 70 Pf.
 - Kabliau und Schellfisch zu billigsten Tagespreisen
 - Dorsch Pfund von 1.75 an
 - Schollen Pfund von 1.10 an
 - * Weichsel-Lachs Pfund von 3.50 an
 - * Steinbutten Pfu-d 1.50
 - Salzfische Pfund 95 Pf.
 - Geräucherte Flundern Pfund 1.50
 - Geräucherte Lachsheringe St. 70 u 75 Pf.
 - Fischfleisch geräuchert, zu Schmor- und Sauerbraten geeignet Pfund 4.00
 - Rauchfisch Pfund 2.40
 - Fischbrühwurst Pfund 2.80
- * nur Leipziger Straße.

Milfix-Kunstoffleisch Dose 2.20 Kostproben Leipziger Straße. Postversand 7 Dosen 1 Paket

Donnerstag, soweit Vorrat!

- Großer Rollmops Stück 25 Pf.
- See-Aal in Gelée Pfd. 1.80 Dose 4 Liter 12.50
- Saure Gurken Stück von 20 Pf. an
- Magdeburger Sauerkraut Pfund 16 Pf.
- Makrelen-Brotaufstrich mit M-hluzsatz, mit Borslure kons. Pfund 3.50
- Fett-Gänse Pfund von 4 M. an
- Fette Mast-Enten Pfund von 3.75 an
- Lebende Hühner (junge und alle)
- Ausgeschlacht. Gänsefleisch Pfd. v. 4 M. an
- Gänsepökelfleisch Pfund von 3.75 an
- Gänsebrust geräuchert, mit od. ohne Knochen

- Weißkohl Pfund 7 Pf. Wirsingkohl 16 Pf.
- Rotkohl Pfund 18 Pf.
- Kohlrüben Pfd. 7 Pf. Mohrrüben Pfd. 12 Pf.
- Grünkohl Pfund 15 Pf.
- Kohlrabi Mandel 30 Pf.
- Sellerie Knolle 15 20 25 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 28 Pf.
- Bayr. Rettiche Stück 10 15 Pf.
- Teltower Rübchen Pfund 45 Pf.
- Tafel-Aepfel Pfund 55 Pf.
- Boskop-Aepfel Pfund 48 Pf.
- Zitronen Dutzend von 80 Pf. an

Zivildienstpflicht und Aktionäre.

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns: Es gibt im Deutschen Reiche Leute, die bei der Einführung der Zivildienstpflicht weniger an die Opfer denken, die damit dem Volke auferlegt werden, als an die erleichterte Arbeitsregelung in der Rüstungsindustrie...

Dazu ist das deutsche Volk nicht da! Die allgemeine Arbeitspflicht des schaffenden Menschen wäre eine moralische Unmöglichkeit, wenn nicht auch die Produktionsmittel in den Dienst der Landesverteidigung gestellt würden.

Vor kurzem mußte das „Berliner Tageblatt“ die preussische Regierung warnen, der geplanten Erhöhung der Kohlenpreise zuzustimmen, aus Furcht, die Gruben könnten sonst nicht bis zur vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden.

Zur Begründung des letzteren Standpunktes, der also das Vorgehen der militärischen Stellen, sich Einblick in die Selbstkosten der verschiedenen industriellen Werte und Industriezweige zu verschaffen, für außerordentlich bedenklich hält, wird angeführt, daß es in Kriegeszeiten, wo es überal, nicht zum wenigsten in den kaufmännischen Kalkulationsbüros, an Kräften fehle, es selbst einer gewissenhaft geleiteten Firma nicht möglich sei, die Selbstkosten, die bei der Herstellung irgendwelcher Erzeugnisse entstehen, genau anzugeben...

Wenn der Kriegsminister eine solche Aktion für notwendig hält, so offenbar nur, weil er das Reich überfordert glaubt. Darum das Verlangen nach Kenntnis der ungefähren Erzeugungskosten. Die Verunsicherung auf das Geschäftsgeheimnis mag im Frieden manches für sich haben, im Kriege hat sie den militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu weichen.

Und nun die Kardinalfrage: Wie will die Reichsleitung Tausenden und Tausenden die härtesten Opfer auferlegen, wenn diese Opfer nicht nur für die Verteidigung des Landes, sondern auch für die Erzielung hoher Dividenden bestimmt sind?

Wie die Gewinne der Kriegsindustrien zu beschneiden sind, steht dahin. Die Kriegsteuer genügt nicht. Was die Unternehmer mit der einen Hand zahlen, nehmen sie mit der anderen durch höhere Preise. Man denke nur an die kräftige Pauke des Eisenmarktes!

Nach dem Mundschreiben der militärischen Vergebungsstellen ist die Gewährleistung eines Zuschlages von 10 Proz. auf die Selbstkosten geplant. Das „Berliner Tageblatt“ hält eine so schematische Regelung für unpraktisch und schlägt vor, die Aktionäre auf eine feste Rente zu beschränken.

Die Militarisierung der Kriegsindustrie kann nicht eine auf die Kriegsdauer beschränkte Notstandsmaßregel sein. Sie muß zur dauernden Verstaatlichung der Rüstungsindustrie führen.

Zum Zusammentritt des Abgeordnetenhauses.

Von Paul Girsch.

Am Donnerstag tritt das preussische Abgeordnetenhaus nach mehrmonatiger Pause wieder zusammen. Wie steht es mit der vorhergehenden Neuorientierung? Werden sich endlich wenigstens die Anfänge dazu zeigen, oder wird auch diese Tagung wieder zu Ende gehen, ohne daß Regierung und Parlament mit der Erfüllung dieser ihrer vornehmsten Aufgabe begonnen haben?

Denn darüber kann sich niemand im Zweifel sein, daß alle demokratischen Reformen, die etwa die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs beschließen, von wirklichem Wert nur dann sind, wenn einer Verwaltungsbürokratie die Möglichkeit genommen wird, die Absichten des Gesetzgebers in ihr Gegenteil zu verkehren.

Seit vielen Jahrzehnten hat das preussische Dreiklassenparlament einen Resonanzboden für volksfeindliche Reden abgegeben. Zwar hat man während des Krieges eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt, aber nur äußerlich, indem man bestrebt war, die Differenzpunkte auszuschalten...

Die Parteien der Rechten, die im Reichstage dank dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt sind, verfügen im Landtage infolge des Dreiklassenwahlrechts annähernd über die Hälfte aller Sitze, und was ihnen an der absoluten Mehrzahl fehlt, das erhalten sie an Zugang entweder aus den Reihen des rechten Flügels der Nationalliberalen oder des Zentrums, je nachdem, ob es sich um die politischen Rechte oder um die geistigen Interessen der Volksmassen handelt.

Was er eigentlich unter Neuorientierung versteht, darüber hat sich Herr v. Bethmann Hollweg bisher kaum in groben Umrissen geäußert, aber daß überhaupt das Wort gefallen ist, diese Tatsache allein genügt, um ihn hinreichend verdächtig erscheinen zu lassen, demokratischer Bestrebungen Vorwand zu leisten.

Erinnert man sich der Ausführungen des Herrn v. Seydewitz gegen jeden etwaigen Versuch, an den Grundlagen des preussischen Dreiklassenwahlrechts zu rütteln, bedenkt man, wie sich vielfach die Forderung und Demiß in Wort und Schrift gegen eine Demokratisierung des preussischen Wahlrechts wandten, so hat man einen Vorgeschmack davon, welche Kämpfe es im Landtage auszufechten gilt, wenn die Regierung ihren Worten die Tat folgen läßt.

Zwei Gründe sind es, die jetzt ganz besonders für eine sofortige Inangriffnahme der Wahlrechtsreform sprechen: einmal der für das Jahr 1918 bevorstehende Ablauf der jetzigen Gesetzgebungsperiode und zweitens die zu erwartenden Erhöhungen der direkten Staatssteuern. Sollten nicht — was gewiß kein vernünftiger Mensch wünscht — die kriegerischen Ereignisse ein Hindernis bilden, so werden im Sommer 1918 die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus erfolgen.

Die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts bedeutet für uns den ersten Schritt auf dem Wege zur Neuorientierung. Erst wenn dies Problem gelöst ist, ist die Bahn frei für weitere Reformen, vor allem für die Reform der inneren Verwaltung.

An den hier erwähnten Problemen, die wir trotz ihrer großen Bedeutung nur kurz skizzieren können, kann und wird das Abgeordnetenhaus nicht vorübergehen; sie werden angeschnitten und gelöst werden müssen, nicht weil der eine oder der andere es wünscht, sondern weil die Zeit zu ihrer Lösung gekommen ist.

Aus der Partei.

Bürgerliche Stadtverordnetenwahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Breslau, die unter dem Burgfrieden stattfanden, wurden die acht sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Landwehr- und Landsturmmänner, die in den Wählerlisten standen, erschienen in Uniform am Wahlisch und gaben ihre Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten ab.

Ueber das Referat Dr. Viktor Adler auf der österreichischen Reichskonferenz hat die Wiener „Arbeiterzeitung“ bisher keinen Bericht gebracht. In der Wiener „Arbeiterzeitung“ wird gesagt: „Ueber „Arbeiter und Friede“ referierte Genosse Dr. Viktor Adler.“

Eine Resolution, die alles ausdrückt, was vom sozialistischen Standpunkt zu sagen ist, wurde einstimmig angenommen. Die Resolution betont das starke Freiheitsbedürfnis aller Völker und verwirft alle Eroberungen und Annexionen, die Vergewaltigung aller Völker.

Vom Referenten empfohlen und einstimmig angenommen wurde eine von Genossin Schlegelberger eingebrachte Resolution, die den Genossen und Genossinnen in allen Ländern, die wegen der Agitation für den Frieden verfolgt werden, die Sympathie ausspricht.

Als der Vorsitzende Genosse Bernerhafer mit einem eindringlichen Schlußwort und mit einem Hoch auf die Internationale und die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich geschlossen hatte, durchbrach wie in besseren glücklichen Tagen das „Lied der Arbeit“ den Saal.

Aus den Organisationen.

In einer Ausschusssitzung des 19. sächsischen Wahlkreises erstattete Genosse Kunert über die Reichskonferenz Bericht, dabei betonend, daß unter allen Umständen auf die Einigkeit der Partei Bedacht genommen werden müsse.

Der Parteiverein Stettin diskutierte in zwei Versammlungen über den Bericht des Genossen Herbert von der Reichskonferenz. Am Schluß wurde mit 59 gegen 48 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Parteivereins Stettin kann sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz nicht einverstanden erklären. Sie sieht in den Beschlüssen der Reichskonferenz, die mit den Grundlätzen der Partei nicht im Einklang stehen, nur die Propagierung der Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes.

Eine von den Mehrheitsgenossen eingebrachte Gegenresolution, die die Beschlüsse der Reichskonferenz billigte und sich gegen die Arbeitgemeinschaft und den Reichstagsabgeordneten Genossen Bogner wandte, war damit abgelehnt.

Drohende Zuckerpreiserhöhung.

Von Robert Schmidt.

Mit der Zuckerzufuhr sah es zu Beginn des Krieges recht gut aus, und wir haben uns wohl kaum vorstellen können, daß im weiteren Verlauf des Krieges ein Mangel an diesem wichtigen Nahrungsmittel eintreten könnte. In Friedenszeiten ist die Hälfte der Zuckerproduktion in das Ausland gegangen, drei Viertel der Zufuhr nach England.

Die Regierung hat denn auch auf diesem Gebiete überaus schnell Maßnahmen ergriffen, die diese Tendenz unterbinden. Sie verhinderte bereits durch eine Verordnung vom 31. Oktober 1914, daß der auf Lager befindliche Zucker uneingeschränkt in den Verkehr gesetzt wurde.

Die großen Bestände an Zucker sind dann sehr schnell zusammengekauft worden. Der Bedarf im Inland für Schokoladenfabrikation, Herstellung von Marmelade und Amichonig wurde gewahrt, und wir kamen zu unserer Ueberzeugung sehr bald zum Ueberfluß zu einem Mangel, der schließlich sogar eine Einschränkung durch Nationalisierung notwendig machte.

Mit dieser Verbrauchseinschränkung begann wieder eine Propa-

ganda für vermehrte Rübenanbau, der sich im Jahre 1916 um rund 10 Proz. steigerte. In der Zwischenzeit hatten die Interessenten es durchgesetzt, daß der Rohzuckerpreis von 9,50 auf 12 M. erhöht wurde, und schließlich ist im Vorjahre weiter der Preis auf 15 M. heraufgesetzt. Im Kleinhandel hat die Preisbewegung die Richtung genommen, daß wie im Jahre 1914 den Zuder durchschnittlich noch zu 25 Pf. das Pfund erhielten. Dann stieg er 1915 auf 30 Pf. und 1916 auf 34 Pf. Trotz der verminderten Produktion haben die Zuderfabriken einen glänzenden finanziellen Abschluß gemacht. Gerade hier zeigt die Kriegswirtschaft ihre Tendenz, die Gewinne hinaufzutreiben, mit aller Offenheit. Aus einer Zusammenstellung, die 27 der größten Zuderfabriken und Zuderrefinerien umfaßt, ergibt sich, daß durchschnittlich im Jahre 1913/14 9,17 Proz., im Jahre 1914/15 17,53 Proz. Dividende verteilt wurden. Für das Jahr 1915/16 sind die gesamten Abschlässe noch nicht zur Hand. Aus den vorläufigen Ergebnissen aber ist festzustellen, daß in den Raffinerien vielfach die Dividenden abermals um das Doppelte gestiegen sind. Bei den Rohzuckerfabriken ist die Geschäftslage weniger überschüssig, weil es sich hier vielfach um Aktiengesellschaften handelt, die rübenbauende Landwirte als Teilhaber aufweisen, und aus ihren Gewinnen je nach dem Rübenquantum eine Rückvergütung an ihre Lieferanten herbeiführen. Im Rübenpreis und Rückvergütung läßt sich damit der Ertrag des Unternehmens ermessen. Zu berücksichtigen ist, daß in der Dividendengegenüberstellung, die Riesengewinne, die in dieser Industrie eingestuft wurden, nicht zum Ausdruck kommen. Es sind von fast allen Unternehmungen enorme Abschreibungen vorgenommen worden, um die Gewinne nicht allzu hoch erscheinen zu lassen.

Gegenwärtig sind nun die Interessenten wieder in Aktion, um abermals einen Preisausschlag durchzuführen. Bisher konnte man den Rübenpreis pro Zentner auf ungefähr 1,50 M. annehmen, der sich durch Rückvergütung noch auf 1,70 bis 1,80 M. erhöht. Nunmehr fordern die Interessenten eine Heraufsetzung des Rohzuckerpreises, der einen Rübenpreis von 3 M. pro Zentner gestattet. Berücksichtigt man, daß in normalen Zeiten der Rübenpreis zwischen 85 Pf. und 1 M. geschwankt hat, so bedeutet die Anforderung eine Erhöhung um das Dreifache. Wie wird nun diese ganz unerhörte Forderung von den Interessenten begründet? Man befürchtet bei der hohen Preislage für alle anderen landwirtschaftlichen Produkte, daß der Rübenbau zurückgeht, weil er nicht mehr genügenden Anreiz bietet. Der Zuderpreis sei im Verhältnis zu dem Preis der Kartoffel und der Futterrübe zu gering. Ferner kommt hinzu, daß der Anbau der Zuderrübe recht intensive Arbeit erfordert, so daß die Landwirtschaft wahrscheinlich vom Anbau der Zuderrüben, zum Anbau von Kartoffeln und Futterrüben übergehen werde. Die Drohung klingt sehr ernst; es zeigt sich nur wieder, wie durch die hohe Preisgestaltung für Kartoffeln und Futterrüben das Verlangen angefaßt wird, auch andere Produkte in der Preisliste wieder höher zu schrauben. Ist das Ziel erreicht, werden wieder umgekehrte Vergleiche angestellt und auf der anderen Seite die Preisrückführungen gefordert, so daß wir einer Preisräuberei gegenüberstehen, die endlos wird.

Unsere gegenwärtige Rohzuckerproduktion beläuft sich auf rund 1,5 Millionen Tonnen. Stellt man für diese Produktion die Höchstpreiswirkung der Kampagne 1914/15 ein, so würde das rund einen Preisausschlag von 75 Millionen Mark bedeuten, und in der Kampagne, die jetzt begonnen hat, die einen abermaligen Ausschlag von 3 M. sicherstellt, würde er nun ebenso von 75 plus 90 Millionen, mithin 165 Millionen Mark bedeuten. Der jetzt verlangte Rübenpreis für den Anbau im Jahre 1917 würde den Rohzuckerpreis pro Zentner um ungefähr 12 M. erhöhen, d. h. ein Mehr von 360 Millionen; hierzu die Ausschläge der zwei darauffolgenden Jahre ergibt 525 Millionen Mark mehr für die Zuderlumpagne 1917/18.

Man wird nicht sagen können, daß die Herren bescheiden in ihren Anforderungen sind. Dabei kommt für unsere gegenwärtige Kriegswirtschaft in Frage, ob man sich ganz in die Hand solcher Interessenten begeben darf, oder ob nicht hier der Produktionszwang zur Erörterung steht. Schon in normalen Zeiten besteht in diesem Gewerbe ein Produktionszwang; denn die Rübenbauern verpflichten sich gegenüber der Zuderfabrik eine bestimmte Fläche mit Rüben anzubauen. Wenn das in Friedenszeiten durchzuführen ist, muß es gegenwärtig gefordert werden. Ganz entgegengesetzt ist das System der Preisanziehung für die Produktion in diesem Umfange und in dieser Art abzulehnen. Denn wir kommen sonst zu Preisbestimmungen, die geradezu den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen können.

Leider müssen wir befürchten, daß nach allen bisherigen Erfahrungen im Kriegsernährungsamt die Tendenz, durch Preishöhe der Produktion Anreiz zu geben, sehr stark vertreten ist. Vielleicht bemüht sich einmal die Militärverwaltung, die ein großes Interesse an der Zuderzeugung hat, insbesondere das jetzt ins Leben gerufene Kriegsamt, eingehend die Frage zu untersuchen. Die Produktion eines so wichtigen Nahrungsmittels und so wertvollen Verbrauchartikels der Militärverwaltung darf nicht auf die unsichere Grundlage der Kriegskonjunktur gestellt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihren Anträgen den Anreiz zur Produktion nicht abgelehnt. Aber sie will die Bereitstellung technischer Hilfsmittel und Erleichterungen des Betriebes. So würden wir hier den Produktionsanreiz auf der Grundlage begünstigen, daß den Rübenbauern ein größeres Quantum stickstoffhaltiger künstlicher Düngemittel zur Verfügung gestellt wird. Ein weiteres Anreizmittel wäre, daß den Rübenbauern ein höherer Anteil an der Rücklieferung der Rübenschnitzel gewährt wird und wenn möglich auch ein Quantum Melasse als Viehfutter überwiesen wird. Damit würde die Viehhaltung dieser Betriebe außerordentlich begünstigt werden und ein Anreiz für die Produktion geboten, der den Preisausschlag weit übersteigen würde. Da die Rübenbauern klagen, daß sie für die besonders schweren Arbeiten der Bewirtschaftung des Landes keine geeigneten Arbeitskräfte haben, so muß die Militärverwaltung in eigenen Interesse die Auswahl von geeigneten Gefangenen für diese landwirtschaftlichen Betriebe vornehmen. Sie wird damit die Produktion begünstigen und die Zuderproduktion auf ihrer Höhe halten. Werden diese Hilfsmittel der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt, so kann auch gefordert werden, daß der Anbau, wo er lässig betrieben wird, zwingungsweise gefordert wird. Wir können uns bei den Schwierigkeiten unserer Volksernährung nicht in die Hände der Interessenten der Zuderindustrie geben, deren Ziel das hinaufschrauben der Preise ist. Nach den Preisrückführungen von bisher 5,50 M. pro Zentner Rohzucker ist jede weitere Anforderung, jede Sicherung künftiger Gewinne zurückzuweisen.

Eine abermalige Erhöhung der Zuderpreise im Kleinhandel, die unausweichlich wäre, würde in der Bevölkerung im Hinblick auf die großen Gewinne, die diese Unternehmungen erzielen, die größte Erbitterung hervorrufen. Das veranlaßt uns, kurz vor der Ausführung des Vorhabens, den Zuderindustriellen und der Landwirtschaft dieses Riesengeschenk wieder in den Schoß zu werfen, nochmals warnend unsere Stimme zu erheben.

Aus Groß-Berlin.

Raffer Schnee und teure Sohlen.

Floden haben nicht hernieder, aber sie feuchten nur das Pflaster und machen den Asphalt glitschig für die Pferde. Fürsorgliche Mütter holen die Kinder von der Straße herein, um dann, voll der Sorge, ob sie dabei nicht doch die Zündhölzer erwischen, unten aufgespannten Regenschirm einholen zu gehen. Manchmal ganz erkleckliche Wege, wenn z. B. in der Gegend des Bahnhofes Schmargendorf kein Brot zu haben ist und die Frauen bis gegen Charlottenburg hinauf und Friedenau hinüber auszuweichen müssen ums tägliche Brot. Dabei hängt in allen Haushalten der Appell, in der Wohngegend zu kaufen, damit nicht infolge verminderter Brotmarkenabfuhr weniger Mehl zugeteilt werde. . . .

Raffer Schnee und Herbitnebel. Der Schnupfen geht um, und es heißt aufpassen, damit keine Influenza daraus wird. Da wird das Schuhwerk zur Hauptsache und dicke Sohlen sind eine Lebensfrage.

Offentlich sind sich die Herren im Kriegsernährungsamt und in der Reichsleberstelle bewußt, was davon abhängt, daß Schuhbesorgung wieder aus dem Begriff Luxus ausgeschieden wird. Die Zeit ist nicht danach, daß hier gezögert werden dürfte.

Draußen fährt eben ein Arbeitskarren des Fernsprechbauamtes vorbei. Zwei Frauen ziehen an der Deichsel, vier Männer schieben an. Solche Arbeit nützt die Sohlen ab, nicht minder die weiten Einholewege, nicht minder das Spielen der Kinder im Freien, wo sie wenigstens keinen so gefährlichen Unfug stiften können wie in Küchen und Stuben. Und Sohlen gehen drauf bei den Gewerben der Schaffnerinnen, Briefträgerinnen, Fensterputzerinnen, Hausangestellten und so weiter.

Die Sohlenfrage geht die Volksgesundheit an. Wer wagt es da, nach dem alten Schimmel zu antworten: „Erwägungen schweben“?!

Kann es jetzt auf ein paar Millionen ankommen, noch dazu, wenn sie weit größere Verluste sparen? Wenn sich das Leder nicht verbilligen läßt, dann muß das Reich eben allen Bedürftigen helfen, ordentliches Schuhwerk zu beschaffen. Man beschränke den Lederbedarf auf das Notwendige, sichere aber seine richtige Anwendung, indem man die Schuhlosen der Bedürftigen ganz oder zum Teil auf öffentliche Kosten übernimmt.

Die Stadtwurst.

In einem Teile Berlins hat ein kleiner Teil der seit den frühen Morgenstunden Hartenden gestern die ersten Ergebnisse der Berliner Einheitswurst erlangen können, nachdem die 16 autorisierten Wurstfabriken mit der Ablieferung an die Einzelgeschäfte ihrer jeweiligen Gruppen begonnen haben. Einzelne Stadtgebiete sind gestern noch leer ausgegangen. Vor großen Erwartungen kann nur gewarnt werden; denn wie es heißt, kommen auf den einzelnen Verkäufer nur etwa hundert Pfund wöchentlich. Auf jede der 16 Gruppen sollen 35 bis 45 Zentner kommen, so daß die ganze Produktion, die ja von der Menge der zur Verfügung stehenden Weichteile abhängig ist, sich auf etwa 700 Zentner belaufen wird.

Die Herstellung und die Verteilung der Einheitswurst geschieht unter städtischer Aufsicht. In jeder Wurstfabrik überwacht ein städtischer Kommissar vom Gesundheitsamt die ganze Zubereitung, die nach städtischem Rezept überall gleichmäßig vor sich geht. Der Wurstkommissar ist auch für die Verteilung verantwortlich, die er auf Grund der amtlichen Liste über sämtliche Fleischläden seiner Gruppe vornimmt. Wie schon mitgeteilt wurde, wird die Wurst nur auf Fleischkartenabschnitte verkauft, wobei für jeden Zentneranteil, also für je 20 Gramm, die doppelte Gewichtsmenge Blut- und Leberwurst gegeben wird. Die Höchstmenge, die ein Käufer erhält, beträgt in der Regel nur ein halbes Pfund, damit, wie bei dem Schweinefleischverkauf, jeder etwas erhalten kann. Jeder Fleischer erhält seinen Teil im Verhältnis zu den von ihm abgelieferten Fleischmarken; jedoch soll der Verkauf nicht, wie das bei dem Schweinefleisch geschieht, an einem bestimmten Tage, sondern, soweit die beschränkte Menge das zuläßt, täglich erfolgen. Die Preise sind, wie wir schon berichteten, frische Wurst mit Semmelzujah 1,20 M., andere Wurst 1,80 M., frische Leberwurst mit Semmelzujah 1,20 M., ohne Zujah 1,60 M.

Die Preisstreiberie auf dem Lebensmittelmarkt

wird immer noch höher. Heute haben wir Gänsehaut, also Hautteile, denen das meiste Fett bereits durch Waten entzogen worden ist, für 3 M. — nicht etwa das Pfund — sondern das Viertelpfund, ausgedoten, was nach Adam Riese 12 M. für ein Pfund ausmacht. Die Preise für Fischkonserven und für — Pferdefleisch sind geradezu unerwähndlich geworden; aber sie werden von zahlungsfähigen dennoch gezahlt. Einem unterer Mitarbeiter wurde gestern für eine Hunder 2,50 M. abgefordert, und als er dankend verzichtete und sich in ein anderes Geschäft begab, verlangte man dort 3 M. Für Fleisch von einem alten, abgetriebenen Gaul wurde für 3 Pfund 3 M. gefordert und gezahlt. Früher kostete das Pfund 20 bis 30 Pf. In einem Geschäft an der Friedrichstraße wurde kürzlich schon „Hohlwurst“ das Pfund zu 4 M. ausgedoten. In einem anderen Schaufenster haben wir gewöhnliche Feigen, die früher 40 Pf. kosteten, für 4,80 M. pro Pfund ausgelegt. Sal und Delfardinen können nur noch von ganz wohlhabenden Leuten bezahlt werden. Eine kleine Dose Delfardinen kostete heute 2,20 M.

Dazu kommt eine systematische Leberwurstleistung beim Abwiegen. Ein einziger Käufer erlebte innerhalb weniger Tage folgendes: Jein Schrippen wogen statt 500 Gramm nur 450. Ein „halbes Pfund“ Zuder wog 230 Gramm. Ein halbes Pfund Raffineriaz (das Pfund zu 1,90 M.) wog 20 Gramm zu wenig. Bei 90 Gramm Butter und Margarine wog die Butter statt 60 Gramm nur 50; der Rest war Margarine und Papier. An einem Pfund Kefel fehlten 25 Gramm, an einem halben Pfund Seifenpulver (im Paket) fehlten 20 Gramm.

Gefüllte Biergläser gibt nicht mehr. Für ihre 60 Gramm Fleisch berechnen die Wirte durchweg 1 M., so daß sie für das Pfund 10 M. bekommen. Von dem Del-, Schinken- u. dgl. Handel wollen wir erst gar nicht anfangen.

Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Unter diesem Titel ist vor einigen Monaten eine Stiftung gegründet worden, die Nichtsfähigkeit erhalten hat. Diese Stiftung soll ihre Wirksamkeit über das ganze Deutsche Reich erstrecken und begreift, den hilfsbedürftigen Hinterbliebenen der in diesem Kriege Gefallenen ohne Unterschied des Standes, der Partei und des Glaubens, soweit dies in Ergänzung der vom Reich zu erwartenden Fürsorge erscheint, Unterstützung zu gewähren. Diese besteht bei den Witwen in Barunterstützung, Arbeitsbeschaffung oder sonstiger Förderung zur Erlangung von Erwerbsfähigkeit, bei den Frauen in Leberweisung barer Erziehungsgelder, Unterbringung in Familienpflege sowie Förderung der Ausbildung zur Erwerbstätigkeit.

Die Mittel sollen durch Sammlungen, Kapitalzuwendungen oder leihwillige Verfügungen zusammenkommen. An der Spitze der Stiftung steht ein Zentralausschuß, dem in den einzelnen Bundesstaaten Landesauschüsse zur Seite stehen. Die Landesauschüsse haben das Recht, ihre Organisation selbständig zu errichten, sie können in den einzelnen Städten Unterauschnisse bilden. Die in den einzelnen Bundesstaaten aufgedrachten Mittel sollen zunächst der Fürsorge in dem betreffenden Bundesstaat dienen.

Entsprechend diesen allgemeinen Bestimmungen hat sich in Berlin durch Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung ein Provinzialausschuß gebildet. Dieser ist der jeweilige Hauptausschuß der Kriegshinterbliebenenfürsorge

der Stadt Berlin, verstärkt durch je einen Vertreter des Präsidiums und des Preussischen Landesauschusses der Nationalstiftung. Als Organe dieses Ausschusses gelten der Magistratskommissar und der Hauptausschuß, der aus dem Magistratskommissar, Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung sowie aus einem Vertreter der in freier Liebesbeteiligung tätigen Vereine und Verbände, zwei Vertreter der Gewerkschaftskommission und je einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften, sowie aus einem Vertreter des Kriegsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Landesversicherungsanstalt Berlin und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besteht. Dem Arbeitsausschuß, dem zwei Magistratsmitglieder, vier Stadtverordnete, sowie Vertreter der Wohlfahrtsorganisation und Vertreter der Gewerkschaften angehören. Berlin ist entsprechend der Arbeitslosgenüßstellen in 23 Bezirke eingeteilt worden. Jeder Bezirksstelle steht ein Bezirksvorsitzer vor, und ihr gehören weiter an ein Vertreter der Wohlfahrtsorganisation sowie der konfessionellen und gewerkschaftlichen Vereinigungen.

Durch diese Gründung ist die in Berlin herrschende Unzufriedenheit auf dem Gebiete der Unterstützungen vermindert worden, weil alle auf dem Gebiete der Wohlfahrt für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen tätigen Vereine verpflichtet sind, die bisherigen Fälle dem Hauptausschuß zu melden, des weiteren, daß versucht wird, durch den Hauptausschuß die Frage der Unterstützung usw. einheitlich zu regeln.

Die Aufgaben des Hauptausschusses sind dieselben, wie sie eingangs als Aufgabe der Nationalstiftung überhaupt bezeichnet worden sind. Nach einer dem Hauptausschuß gemachten Mitteilung beträgt das Vermögen der Stiftung über 50 Millionen Mark. Die Stiftung hat, wenn auch nur in beschränktem Umfange, ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Als Vorsitzender des Hauptausschusses für die Stadt Berlin ist Stadtrat Dörslein bestimmt worden.

Gemüse nur nach Gewicht.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

Folgende Gemüsearten: 1. Kartoffel, 2. Weißkohl, 3. Wirsing, 4. Mohrrüben ohne Kraut dürfen im Groß- und Kleinhandel vom 18. November 1916 ab nur nach Gewicht verkauft werden.

Die Ware ist dem Käufer auf Verlangen vorzuwiegen.

Zuniederhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
geg. von Keijel, Generaloberst.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Donnerstag, den 16. November 1916.

Schellfische, Klein (bis $\frac{1}{2}$ Pfund) 2,00 M., mittel (von $\frac{1}{2}$ bis 1 Pfund) 2,30 M., großmittel (von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Pfund) 2,40 M., große (von $1\frac{1}{2}$ Pfund und mehr) 2,50 M.; Kabeljau, Klein (bis $1\frac{1}{2}$ Pfund) 1,80 M., mittel (von $1\frac{1}{2}$ bis 4 Pfund) 2,00 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,20 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 3,00 M.; Schollen, kleine (bis zu $\frac{1}{2}$ Pfund) 1,25 M. (Zusatz ungenügend.)

Der Bau der Schnellbahn

durch die Friedrichstraße ist einer der schwierigsten aller Bahnbauten der Welt. Einmal wegen des großen Verkehrs in der Friedrichstraße und ihren Nebenstraßen und dann wegen des ganz verschiedenen Baugrundes sowie der Tunnelunterführung an der Weidenbamm-Brücke, am Lanwehrkanal, der Füllung der Fante, der Unterführung der im Betrieb befindlichen Untergrundbahn an der Mohrenstraße und der Befestigung der Moorlöcher am Bahnhof Friedrichstraße und zwischen Koch- und Vosselstraße. Diese vielen Schwierigkeiten werden vermehrt durch den Mangel an Technikern und geübten Arbeitern. Besondere Schwierigkeiten bieten die beiden Moorlöcher. Das eine am Bahnhof Friedrichstraße sollte ursprünglich durch eine besondere Brücke aus Riehlstraße überbaut werden. Auf dieser Brücke sollte die Tunnelbohrung ruhen und vor allen Schwankungen geschützt sein. Dieser Plan mußte infolge der Schwierigkeiten aufgegeben werden. Jetzt wird das Moorloch zunächst durch Rampen entwässert und die Moorerde mit einer Feldbahn bis zur Spree geschafft, alsdann auf Röhre geladen und nach außerhalb befördert. Dann wird dieses 80 Meter lange und 30 Meter breite Loch mit starren eisernen Rahmengestellen vollständig ausgefüllt, die sich weder senken noch seitwärts ausbiegen können, weil sie fest miteinander zusammenhängen und schließlich ein Ganzes bilden. Sacht sich mit der Zeit an einer Stelle das Moor durch Senken des Grundwassers oder durch andere Ursache, dann wird der fest auf dem starren eisernen Rahmengestell ruhende Tunnel der Bahn dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen. In ähnlicher Weise wird in der südlichen Friedrichstraße das dortige Moorloch mit dem längst verschwundenen alten Schönhauser Graben überwunden werden.

Der Reunubr-Hausbruch vor Gericht.

Gerihtliche Klagen wegen des Reunubr-Hausbruchs kommen jetzt häufiger vor. In Einzelfällen sind schon die Polizeibehörden eingeschritten. Wo keine Notwendigkeit vorhanden ist, wurde in Neutölln polizeilich der Reunubr-Hausbruch und die Abkürzung der Treppenbeleuchtung für unzulässig erklärt. Von allgemeinem Interesse ist die gerichtliche Entscheidung in der Klage eines Mieters gegen einen Hauseigentümer aus der Delegatenstraße in Treptow. Der Mieter hatte Mitte Oktober seine schriftlich gewünschte Zustimmung zum Reunubr-Hausbruch vorsichtigerweise „nur für die Kriegszeit und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs“ gegeben. Der Hauswirt ließ erklären, er könne um 9 Uhr nur dann schließen, wenn sämtliche Mieter damit einverstanden seien. In den Mietverträge steht ausdrücklich, daß bis 10 Uhr offengehalten werden muß. Acht Tage später machte der Mieter von dem Recht des Widerrufs Gebrauch. Jetzt erklärte der Hausbesitzer, daß die Minderheit sich dem Mehrheitsbeschluß der Mieter zu fügen habe; er werde dem Mieter, falls dieser gegen ihn protestiere, die Wohnung kündigen. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Neutölln wurde der Mieter abgewiesen, mit der Begründung, daß kein Gesetz dem Reunubr-Hausbruch entgegenstehe. Gegen dieses Urteil, das die Mietverträge rechtswirksam machen würde, wird Berufung eingelegt werden.

Ein schwerer Eisenbahnunfall.

Am Mittwoch früh ist auf dem Bahnhof Schönholz-Reinickendorf um 5 Uhr 40 Minuten ein von Stralund einkehrender Güterzug auf ein beschtes Gleis gefahren, wobei der Schaffner Rothnick aus Panlow getötet wurde. Der Unfall ist auf unrichtige Weichenstellung zurückzuführen.

Vier Kinder vermißt.

Seit etwa drei Wochen werden zwei Geschwisterpaare aus Charlottenburg vermißt. Es handelt sich um die 13- und 12-jährigen Schwestern Eta und Irmgard Hoffmann, den 14-jährigen Stanislaus Wenz und dessen 12 Jahre alte Schwester Marie. Die Kinder haben heimlich die elterlichen Wohnungen, Nordhausener Straße 12 und 14, verlassen und sind seitdem verschwunden. Die Kinder sind von Charlottenburg nach Pieschke zur Großmutter der Geschwister Wenz, von dort nach mehreren Tagen nach Charlottenburg zurückgefahren. Bei den Eltern sind die Kinder jedoch nicht eingetroffen und alle Nachforschungen nach ihrem Verbleib sind ergebnislos geblieben. Die Schwestern Hoffmann trugen schwarzen Rod, grüne Bluse mit Somtfragen, weiße Rade bzw. dunkles kariertes Kleid und grauen Mantel. Der Knabe Wenz trug schwarze Anleohose, blaues Jackett, graue Stoffhose, seine Schwester Eta Rod, blaue Bluse, schwarzen Mantel und Mütze. Sie hat an den Handgelenken Narben.

Vermißt wird auch die 10-jährige Wäscherin Berta Schobert, die in der Hauptstraße 14/16 in Schöneberg wohnte. Die Sch. hat angeblich am 9. Oktober von Glogau, wo sie zu Besuch weilte, die Rückreise angetreten, ist aber zu Hause nicht eingetroffen. Seitdem fehlt jede Spur von ihr. Es wird vermutet, daß sie verunglückt ist.

Frauen in städtischen Deputationen.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehersstellvertreters, Geheimen Justizrats Cassel, tagte im Rathaus der Stadtverordnetenrat zur Vorbereitung des Antrages über die Zuwahl von Frauen in alle auf Grund des § 59 der Städteordnung einzusetzenden Deputationen. Die Frage, ob die Frauen das Wahlrecht besitzen wurde verneint. Nach längerer Beratung wurde folgender Antrag angenommen: „Der Ausschuss ersucht die anwesenden Magistratsvertreter, aus Königshagen, Wilm, Gasse, Reuß und Lüdenschied die statutarischen Bestimmungen zu beschaffen, die die Mitarbeit von Frauen in den verschiedenen Verwaltungsdeputationen betreffen.“ Hierauf vertagte sich der Ausschuss bis zum Eingang des Materials.

Feldpostsendungen,

die das für portofreie Feldpostsendungen zugelassene Gewicht von 50 Gramm überschreiten, aber nicht frankiert sind, werden nach wie vor bei den Postanstalten täglich in großer Anzahl aufgefressen. In der Hauptsache handelt es sich um Sendungen mit Tageszeitungen und illustrierten Zeitschriften. Derartige Briefe müssen nach den Bestimmungen an die Absender zurückgegeben werden. In vielen Fällen ist aber der Absender auf den Sendungen nicht vermerkt, so daß sie als unanbringlich behandelt werden müssen. Es ist unbedingt erforderlich, die Bestimmungen zu beachten, daß Feldpostsendungen nur bis zum Gewicht von 50 Gramm portofrei befördert werden. Auch muß jedesmal der Absender auf den Feldpostsendungen angegeben werden.

Zur Bekämpfung der Mängel in der Milchversorgung Groß-Berlins hat die Reichsregierung mit dem Kriegsausgleich für Konsuminteressen (Berlin W 35, Potsdamer Str. 56) eine Vereinbarung getroffen, derzufolge letzterer bei den Revisionen im Milchverkehr und in der Entgegennahme von Beschwerden mit der Reichsregierung in Hand arbeiten wird. Demzufolge ersucht der Kriegsausgleich um Übermittlung aller begründeten Beschwerden an seine Adresse. Er macht aber darauf aufmerksam, daß es unbedingt nötig ist, bei diesen Mitteilungen genau Zeit, Ort, Adresse, Milchwagen- oder Rückfahrnummer usw. anzugeben, da nur dann mit Aussicht auf Erfolg vorgegangen werden kann.

15 000 Morgen Brachland? Man schreibt uns: Während es in Groß-Berlin an Kartoffeln mangelt, andere landwirtschaftliche Produkte knapp und teuer sind, liegen vor den Toren Berlins noch über 15 000 Morgen Acker unbestellt brach. Gätte man diesen Acker nur mit Kartoffeln und dann mit Grünfodl bepflanzt, so hätte der Ertrag zur Ernährung von rund 80 000 Personen mit Kartoffeln und Rohf genügt.

Verlängerung des Abfahrverbots für Dörrgemüse. Im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Kriegsgeheimverwaltung für Dörrgemüse: Mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichsfinanzrats wird das Abfahrverbot für Dörrgemüse durch Hersteller und Händler bis 15. Dezember 1918 einschließlich verlängert. Die Befreiungen an die Seeres- und Marineverwaltung für die mobilen Truppen sind von dem Abfahrverbot ausgenommen.

Butter und Margarine. Auf die Wochenmenge von Speisefett kommen in der nächsten Woche, 20. bis 28. November, wieder 60 Gramm Butter und 80 Gramm Margarine zur Ausgabe.

Sohlenleder für die gering bemittelte Bevölkerung. Den Kreisen um Berlin und den einzelnen Gemeinden wurden größere Mengen Sohlenleder von der Reichsregierung zugewiesen, das an die gering bemittelte Bevölkerung abgegeben werden soll. Nach den behördlichen Bekanntmachungen wird das Leder an Handwerker und Arbeiter für sich und ihre nicht selbst zur Einkommensteuer veranlagte Familienangehörige abgegeben, sobald das steuerpflichtige Einkommen des Haushaltungsvorstandes 900 M. nicht übersteigt. Der Preis für ein Sohlenpaar beträgt 2,50 Mark. Die Empfänger des Leders müssen sich verpflichten, die Sohlen zu benagen und müssen schriftlich bestätigen, daß sie das Leder nur an Familienmitglieder abgeben.

Die Ueberwachung des reisenden Publikums durch die Militärverwaltung macht es notwendig, daß alle Heeresangehörigen sich auf Verlangen gegenüber den beauftragten Beamten der Heeresverwaltung an der Hand einer schriftlichen Unterlage über ihre Person ausweisen. Dies gilt bei allen Eisenbahnfahrten im Heimatgebiet auch für Offiziere und Beamte und auch dann, wenn die Heeresangehörigen in bürgerlicher Kleidung reisen. Als Ausweis genügt Urlaubsschein, Militärfahrchein oder Soldbuch.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Zuge der Berliner Ostbahnen und einem Lastwagen hat sich in Niederschöneweide ereignet. In der abschüssigen Berliner Straße stieß ein Wagen der Straßenbahn gegen ein Gefährt. Der Anprall war so heftig, daß der Lenker des Fuhrwerks, Herr Friedrich aus der Porfirer Straße, von seinem Sitze geschleudert wurde und unter sein eigenes Fuhrwerk geriet. Mit schweren inneren Verletzungen mußte er ins Urban-Krankenhaus in Berlin gebracht werden.

Die Wärmehallen unter der Stadtbahn an der Dirschstraße werden am Sonntag nächster Woche wieder geöffnet.

Diebstähle bei Ärzten werden in der letzten Zeit wieder vielfach verübt. Es sind zwei Fälle, die Hand in Hand arbeiten. Sie kleiden sich wie Handwerker und suchen als „Kranke“ die Sprechstunden auf. Während einer beim Arzt ist, stiehlt der andere aus dem Vorrat und vom Fluß, was er mitnehmen kann und verschwindet. In einem Falle benutzte die Diebe einen Krankenchein von der Heeresverwaltung, in einem anderen einen Schein der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft. Die beiden, die etwa 30 Jahre alt sind, suchen Verstecke in verschiedenen Stadtvierteln beim. Sie stahlen u. a. zwei Bronzefiguren, die ein nacktes Mädchen und eine Gruppe Schafe darstellen, einen Ledermantel, Pelzfächer und dergleichen mehr.

Die diesjährige Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus findet in der Zeit vom 26. November bis 10. Dezember statt. Sie ist geöffnet an Sonntagen von 3 1/2 bis 7 Uhr, an Sonnabenden von 6 bis 9 Uhr.

Aus den Gemeinden.

Röpenitz. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden die sozialdemokratischen Kandidaten: Silber Schmidt, Finger, Stippel, Woid, Müller mit 379 Stimmen gewählt. Die Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft: Deyer, Köfner, Kieß, Schulz, Vietsche erhielten 159 Stimmen.

Charlottenburg. Der Polizeipräsident von Berlin hat dem Kaufmann Kurt Gude in Charlottenburg, Suarezstr. 19, den Handel mit jagdrechtlichen Bedarfsartikeln sowie mit sonstigen Gegenständen des Kriegs- und des täglichen Bedarfs wegen Unzuverlässigkeit untersagt.

Schöneberg. Aus dem Rathaus wird und geschrieben: Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Berlin-Schöneberg hat beschlossen, einen Teil des Reingewinnes der Girokasse aus dem Jahre 1915 zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegervollwiter zu verwenden, sofern diese oder die gefassten Ehemänner ein Guthaben an unserer Kasse vor dem Kriege hatten. Frauen, auf die diese Voraussetzungen zutreffen, werden ersucht, sich persönlich in unserer Sparkasse (Hauptkasse), Schöneberg, Kaiser-Wilhelmplatz 8, zu melden. Das Familienfammbuch und ein Ausweis über die Person als Spärer ist mitzubringen.

Neukölln. Dem Neuköllner Magistrat bietet sich in nächster Zeit Gelegenheit, Jungschweine zur Mästung, je 15 bis 20 Kilogramm schwer, zum Preise von etwa 120 M. für 50 Kilogramm aus Schleswig-Holstein für die Neuköllner Bevölkerung zu beziehen. Der Preis versteht sich ab Verladung in Schleswig-Holstein. Anmeldungen zur Abnahme von Schweinen sind bis zum morgigen

Freitag an die Fleischverorgungsabteilung im Reutlinger Rathaus, Zimmer 145, zu richten.

Lichtenberg. Eine Brotmaderin treibt in Berlin-Lichtenberg ihr Unwesen. Sie wartet vor Paderläden, und wenn sie ein Kind mit einem Brot herauskommen sieht, so bittet sie dieses, für sie in einem anderen Geschäft schnell nachzukaufen, oder ein von ihr bestellter Gegenstand fertig sei. Damit das Kind schneller den Auftrag ausführt, nimmt sie ihm das Brot ab, um damit zu verschwinden.

Teltow. Der Vorsitzende des Teltower Kreisaußschusses hat die Ausfuhr von Kohlräben (Brüsen, Bodenlohrabi, Stedsträben) aus den Ortschaften des Kreises Teltow verboten. Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Soziales.

Oberkommando und Familienunterstützung.

Es ist kürzlich durch eine Berliner Korrespondenz eine Mitteilung über den Standpunkt des Oberkommandos in den Marken hinsichtlich der Familienunterstützung verbreitet worden, die den Anschein erweckt, als habe das Oberkommando für die Unterstützung der Kriegerfamilien neue Grundsätze aufgestellt, wenn sie in der Lage sind und auch Gelegenheit haben zu arbeiten. Diese Korrespondenz wird durch das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet. Es wird in dieser Berichtigung gesagt, das sei nicht der Fall. Insbesondere stehe das Oberkommando selbstverständlich nicht auf dem Standpunkt, daß einer Kriegerfrau, die arbeiten könne, ohne Rücksicht auf die Höhe des tatsächlichen oder möglichen Verdienstes, überhaupt keine Unterstützung zustehe. Wichtig sei nur, daß insoweit keine Bedürftigkeit für Unterstützungen anerkannt werden könne, als nach den Umständen des einzelnen Falles die Möglichkeit bestehe, durch passende eigene Arbeit Geld zu verdienen. Dadurch, daß von der Arbeitsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht werde, werde kein Anspruch auf Unterstützung begründet, was aber nicht bedeutet, daß jeder tatsächliche oder mögliche Arbeitsverdienst einfach von der Unterstützung abgezogen werden solle. Es erziehe vielmehr durchaus berechtigt, wenn der angefragte arbeitenden Frau für ihren Lebensunterhalt insgesamt ein höherer Betrag zugebilligt werde als der Frau, die nicht arbeite, daß also nur ein Teil des Arbeitsverdienstes auf die Unterstützung angerechnet werde, und daß geringere Verdienste ganz außer Betracht bleiben sollen. Das seien aber keine Grundsätze, die auf einer neueren Entscheidung des Oberkommandos beruhen, sondern in der Praxis längst bekannte und angewendete. Zu dieser Berichtigung ist zunächst zu sagen, daß wir überhaupt für unzulässig halten, einen Zwang zur Arbeit auf die Frauen auszuüben und davon die Unterstützung abhängig zu machen. Aber wir können überhaupt nicht verstehen, wie das Oberkommando in den Marken in Beziehung gebracht wird zu der Familienunterstützung. Denn es hat damit ja absolut nichts zu tun. Nach dem Gesetz über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 sind die Unterstützungen im Falle der Bedürftigkeit zu gewähren, und wann Bedürftigkeit vorliegt, das ist durch die Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 eingehend erläutert worden, wobei wir hier hinweisen wollen auf den Artikel „Fürsorge für Kriegerfamilien“ in Nr. 311 des „Vorwärts“. Die Frage, ob Bedürftigkeit vorliegt, ist zu prüfen von den sogenannten Lieferungsverbänden, die sie zu gewähren haben. In Streitfällen kann der Regierungspräsident zur Entscheidung angerufen werden. Das Oberkommando in den Marken kommt also bei der Prüfung, ob die Unterstützung zu gewähren ist, überhaupt gar nicht in Frage.

Unpfändbares Handwerkszeug des Kriegsbeschädigten.

Das Oberlandesgericht hat in einem in der „Juristischen Wochenschrift“ vom 16. Oktober veröffentlichten Beschlusse vom 14. August 1918 Maschinen und maschinelle Werkzeuge, die ein kriegsbeschädigter Tischler für die von ihm mit seiner Frau gemeinsam betriebene Tischlerei brauchte, nach § 811 Ziffer 5 Zivil-Prozessordnung für unpfändbar erklärt. Es fährt in dem Beschlusse aus, daß zwar gewöhnlich im Handwerksbetriebe Maschinen und maschinelle Werkzeuge von Arbeitern und Gehilfen des Inhabers bedient werden und daher nicht „zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit“ im Sinne des Gesetzes notwendig sind, daß aber hier der Schuldner wegen seiner linksseitigen Lähmung seinem Beruf nicht mehr mit eigener Handarbeit nachgehen könne, sondern eben für seine persönliche Tätigkeit auf Hilfe der Maschinenkraft angewiesen sei, die ihm dank einfacher mit einer Hand auszuführender Handgriffe die Berufsausübung weiterhin gestatte.

Opfer der Industrie. Man schreibt uns: Vor kurzem bezeichnete eine amerikanische ärztliche Zeitschrift die Opfer der jährlichen Arbeitsunfälle in den Vereinigten Staaten auf 85 000 Tote und 1 1/2 Millionen Verletzte. Wie der „Tempo“ mitteilt, sind indes die Verurteilungen, nach einer Berechnung des „Massachusetts Industrial Accident Board“, in Wirklichkeit viel größer. Die obige Schätzung zog vor allem nur die erwachsenen Arbeiter in Betracht. Rechnet man alle Arbeiter zusammen, so darf man 75 000 Tote und über 8 Millionen Verletzte annehmen! — Die Untersuchung des Amtes in Massachusetts hat ergeben, daß die landläufige Behauptung, daß die größere Zahl der Unfälle am Montag auf Rechnung von Alkohol zurückzuführen sei, falsch ist. Auch wird behauptet, daß die Unfallstatistik weniger auf die Wirkungen psychischer Ermüdung, als auf psychologische Ursachen — nervöse Erregung der Arbeitenden — hinweist. Aber auch diese Erregung ist doch wohl nicht eine nur mit dem Arbeitsprozeß selbst zusammenhängende Erscheinung, sondern auch eine Folge der Anpeitschung unter dem Lohnsystem.

Gerichtszeitung.

Schmiergelder. Auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungswesen, Eip Berlin, verhandelte die Strafkammer zu Kassel am 18. d. M. gegen den Bezirksmeister Heinrich Giese, Angestellter einer Lokomotivfabrik in Havel, wegen Annahme von Schmiergeldern. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 500 M. Geldstrafe und zur Auszahlung von 4000 M. empfangener Schmiergelder an den Staat. Das Gericht erkannte ferner auf Verpöndlichung des Urteils.

Die Folgen mangelnder Beaufsichtigung. Eine Warnung, jugendliche Personen, denen jetzt im Kriege häufig wichtigere Arbeiten übertragen und größeres Vertrauen als früher geschenkt werden muß, in keinem Falle ohne die nötige Aufsicht zu lassen, enthielt eine Verhandlung, die gestern gegen die 18-jährige Stenotypistin Erna R. wegen schwerer Urkundenfälschung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Die jugendliche Angeklagte war in einem Geschäft angestellt, in dem sie zuletzt fast alle Kontorarbeiten zu versehen hatte. Leider wurde sie dabei zu sehr sich selbst überlassen. Das Fehlen dieser genauen Kontrolle mußte nun die Angeklagte, der Versuchung, sich Geld zum Raufen zu verschaffen, unterliegend, in der Weise aus, daß sie mit falschen Schecks

arbeitete. Bei der mangelnden Kontrolle wurden dann die Schecks auch ansichtslos unterschrieben und eingelöst. Auf diese Weise wanderten in kurzer Zeit über 1000 M. in ihre Tasche. Um ihre Unehrlichkeiten zu verdecken, fälschte dann die Angeklagte die Abrechnungen, die täglich von dem Vorkassier einliefen. Als die Sache entdeckt wurde, war sie zunächst verhaftet worden und mußte schließlich zur Aburteilung in Haft genommen werden. Das Gericht verurteilte die jugendliche Sünderin wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis.

Aus Industrie und Handel.

Die Regierung und die Kohlenpreise.

In der Presse wird verschiedentlich die Ansicht verbreitet, als seien die mit der Absicht der Erhöhung der Kohlenpreise befaßten Kreise bereits mit der Zustimmung des Handelsministers sicher. Demgegenüber erfahren die „Verl. Polit. Radr.“ von angeblich zuverlässiger Seite, daß sich der Handelsminister in seiner Stellungnahme zur Kohlenpreiserhöhung noch nach seiner Richtung hin festgelegt habe. Er werde es auch nicht tun, bevor er nicht den Interessen beider Teile Gelegenheit gegeben hat, ihre Gründe für und gegen die Erhöhung geltend zu machen. Erst wenn dieses geschehen, könne eine Entscheidung der Regierung erwartet werden.

Verschmelzung. Der Aufsichtsrat der Rüstwerke beschloß, der auf den 6. Dezember angelegten Generalversammlung dieser Werke den Erwerb der Plania Aktien-Gesellschaft für Kohlenfabrikation vorzuschlagen, deren Generalversammlung am gleichen Tage zu dem Verschmelzungsvertrage Stellung nehmen wird. Das Kapital der Rüstwerke soll um 7 1/2 Millionen Mark erhöht werden.

Aus aller Welt.

Dreifacher Mord in Rahnsdorf bei Ludau.

In dem Dorfe Rahnsdorf bei Ludau in der Niederlausitz wurden in der Nacht vom Montag zum Dienstag der 70 Jahre alte Köhler Hermann Golze, seine 66-jährige Frau und seine 33 Jahre alte Tochter von einem Räuber überfallen und in den Weiden ermordet. Mit einem noch nicht bekannten Werkzeug hatte ihnen der Täter den Schädel eingeschlagen. Geraubt waren Kleidungsstücke. Der Verdacht fiel auf einen 23 Jahre alten Schlosser Ernst Klug aus Wendisch-Friebornow, der aus der Strafanstalt in Ludau entflohen war. Klug stellte sich selbst wieder im Zuchthause. Bei ihm fand man die geraubten Kleidungsstücke. Trotzdem leugnet er den dreifachen Mord und behauptet, seine Braut habe ihm die Kleidungsstücke zugeführt.

Todesurteil. Das Braunschweiger Schwurgericht verurteilte den 26-jährigen Dienstmädchen Wilhelm V. ö n n i n g h a u s e n aus Weenzen wegen Ermordung seiner Braut, der Dienstmagd Minna Lange, begangen am 8. September d. J. auf freiem Felde in der Gegend von Holzwinden, zum Tode.

Dampferzusammenstoß. Bern, 15. November. (B. Z. B.) Eine Meldung des „Reit Parisien“ aus Vrest besagt, daß die englischen Dampfer „City of Cairo“ und „Manchester“ im Nebel zusammenstießen. Beide wurden sehr schwer beschädigt und mußten im Schlepptau nach Vrest zur Ausbesserung gebracht werden. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ sei der englische Dampfer „City of Cairo“ mit dem griechischen Dampfer „Epyros of Sora“ zusammengestoßen. Letzterer sei gesunken, die Besatzung gerettet.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“. Sonntag, nachmittags, nach Köpenick, Schmelzergarten.

Briefkasten der Redaktion.

Die herrliche Sprechstunde findet für Abonnenten Zimmer 3, IV, Hofcafé, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Aufschub und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 94. Sie müssen beim Bezirkskommando um Urlaub dafür nachsuchen. Einen Vah stellt Ihnen die Polizeibehörde aus. Sie müssen außerdem die Genehmigung des Festungskommandanten haben. — **Armenierung.** Sie sind wegen Krankheiten beim Fehlen der Knochen oder Muskeln auf 6 Monate für Kriegsdienstuntauglich erklärt. Eine Nachmusterung kann nachdem wieder erfolgen. — **E. 28. 1.** Die Krankheitsliste kann die freiwillige Mitgliedschaft in diesem Fall abbrechen. Die Mitgliedschaft wird auf die Mitgliedschaft in dem Fall nicht angerechnet. 2. Ja. — **N. 29.** Antrag auf Lösung für den vermissten Sohn ist an das Befehlshabende des Truppenkorps zu richten, von dem der Sohn eingezogen wurde. — **N. 31. 1.** Sie müssen bis zum Januar 1917 unbedingt mindestens 20 Markten geleistet haben, um die Anwartschaft aufrechtzuerhalten. — **N. 32. 97.** Der Ausgang erscheint zweifelhaft. — **E. 2. 22. 1.** Da der Sohn vor seiner Einberufung zum Militär den Vater unterstützt hat, so kann dieser Anspruch auf Kriegserlohn geltend machen. 2. Der Antrag ist bei der unteren Verwaltungsbehörde zu stellen. — **N. 3. 42.** Sie müssen das Gemerbe bei der Polizei anmelden. — **N. 3. 100.** Die Entziehung der Familienunterstützung halten wir in diesem Falle für unbedenklich, die Frau müßte sich mit einer Beschwerte an die Armenverwaltung des Magistrats wenden. — **Wadensleben.** Sie müssen ein Gesuch an das stellvertretende Generalkommando, dem der zum Heere Eingezogene unterstellt, richten. — **N. 10.** Zur genaueren Beurteilung Ihrer Angelegenheit würde es sich empfehlen, persönlich in unsere juristische Sprechstunde zu kommen. — **E. 6. 15.** Erbberichtig sind nur die Geschwister, die zu gleichen Teilen erben. — **N. 3. 95.** Wenn kein Testament vorliegt, erben die Ehefrau und die ehelichen Kinder. Das uneheliche Kind hat kein Erbrecht an dem Nachlaß des Vaters, sondern nur an Nachlaß der Mutter. — **N. 3. 100. 1.** und 2. Nein. — **N. 3. 10.** Nähere Auskunft erteilt Ihnen Wilhelm Trautmann, Berlin 8 43, Pringelstr. 8. — **N. 3. 30. 1.** Handlungslehre Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgesangene, Damburg, Ferdinandstraße 75. 2. Zwei Jahre, sechs Monate, drei Tage Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere. In der Begründung ist unter anderem ausgedrückt, daß L. nicht aus erloscher Gestattung gebandelt hat. — **N. 3. 48.** Am besten holen Sie sich Rat bei einem Vogelschlichter. — **N. 1000.** Armenleitung, Am Mühlendamm 1, Zimmer 13-62. — **N. 3. 100.** Wenn das Kind sonst richtig behandelt ist, dürfte das Zurückbleiben der Brüste nichts zu bedeuten haben. Für Dauer-Sauerstoff rechnet man 700 Gramm Sauerstoff pro Kilogramm Kohl. Auch Weiz und Stein öfter abwaschen. — **E. 6. 100.** Zum Einpfänden von Wäpeltelchen rechnet man auf 200 Gramm Kohlöl 12 Gramm Jucker und 6 Gramm Salpeter. Alles wird gut vermischt und das Fleisch auf allen Seiten damit eingerieben, bis das Salz verrieben ist. In ein irdenes Gefäß recht eng legen und kühl werden. Es bildet sich allmählich eine Schale, die später nicht fortgeschüttet werden darf, da sie nachherste Bestandteile des Fleisches aufgenommen hat. Man verwendet die Schale deshalb zweckmäßig mit Vorsicht zu Suppen. — **N. 3. 26.** Wiking und Koffohl kann man im nächsten Haushalt in der Weise ausbessern, daß man zunächst die losen Blätter bis auf zwei oder drei entfernt, dann einen Bindfaden um den Strauß befestigt und den Kohl mit dem Kopf nach unten auf dem Boden der Dachparren aufhängt. Einfließ der Temperatur auf dem Boden auf 5 Grad Röhle. So kann man den Kohl vorübergehend in den Keller hängen. Im allgemeinen soll Kohl sich in diesem Jahre nicht sehr gut halten. — **N. 3. 14.** Nein. — **N. 3. 5.** Die Ueberfälle der Kantinen werden gewöhnlich für besondere Unterstellungen der Angehörigen der beim Truppenheil Dienenden gemacht. Die Uebernahme der Kantinen oder der Kantinen kann deshalb bei besonderer Notlage sich mit einem Beschluß um Unterstützung an den betreffenden Truppenteil wenden. — **N. 1000.** Herzgelegen; landwirtschaftliche. — **1067.** Nein, diese Vergünstigung trifft höchstens auf Handelsangehörige zu. Der betreffende hat also den Lohn nur bis zum Tage der Einberufung zum Militär zu beanspruchen. — **N. 3. 100.** Die von Ihnen angeführten Gegenstände können Sie dem Gesandenen schicken. Verbotten sind insbesondere Fleischwaren, Spirituosen und Spielarten; auch Früchte und leicht verderbliche Sachen sollen nicht geschickt werden. — **N. 3. 1.** Wenn in dem betreffenden Orte ein Auswahlgeld besteht, können die Gegenstände beschlagnahmt werden. — **N. 44. 1.** Vom Unteroffizier an. 2. Ja. 3. Ein Unterschied zwischen mobiler und immobilier Formation besteht darin nicht. — **N. 23. 1000.** Nein.

Sozialdemokratischer Wahlverein
L. d. 5. Berliner Reichstagswahlkr.
Im Alter von 27 Jahren den
nach fünfjährigem Studium
an der Universität in Berlin
Parteilose
Karl Spaet
Weinstr. 28.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet heute
Donnerstag, den 16. November,
nachmittags 4 Uhr, im Kremator-
ium, Berlin, 3/7333 statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/19 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederbarnim.
Bezirk
Petershagen-Frederdorf.
Unser treues Mitglied, der
Steinbrücker
Wilhelm Neubert
ist am 11. November 1916,
70 Jahre alt, an den Folgen einer
Darmbehandlung im Kranken-
hause gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fielen
im hiesigen Lagerort an den
Folgen einer im Felde sich ausge-
zogenen schweren Krankheit unser
lieber Weiter, der Musikleiter
Otto Haberland
im Alter von 34 Jahren. [1507b
Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Buchbinderei
„Deutsche Tageszeitung“.

Nimm Gichto-Rheumin bei
Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.
Glänzend begutachtet und bewährt!
In allen Apotheken erhältlich in Tabletten zu 2 Mk.
und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk.
H. Wunderlich, Apoth., Gera-R.
Wittos Apotheke, Engel-Apotheke, Kreuzberg Apoth., Fürst-Bismarck-
Apotheke, Apotheke zum gekrönten Schwarzen Adler, Ziens-Apotheke.

Westmann's
Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)
H. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andrastr.)
Auswahlsendungen sofort.
Ami Zentrum 7800.
Samstag 12-2 Uhr geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schmied
Hans Rasmussen
Anfallsdenkstr. 118
am 24. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Schlosser
Franz Kohl
Oppelner Str. 34
am 13. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 17. November, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentralfriedhofes im
Friedrichshagen statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
125/15 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede
u. verw. Gewerbe Deutschlands
Zobitzstraße Berlin 5.
Nachruf.
Am 7. November starb unser
Mitglied
Otto Giesenhagen.
Ehre seinem Andenken!
295/7 Die Ortsverwaltung.

Innungs-Krankenkasse
der
**Juweliere-, Gold- und
Silberschmiede**
(Zwangsinnung) zu Berlin.
Einladung
zur
Ausführung = Sitzung
am Sonnabend, den 25. No-
vember 1916, abends 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15,
Saal 3:
Tagesordnung:
1. Wahl eines Schriftführers.
2. Berichterstattung des
Vorstandes über die
Tätigkeit im Jahre 1916.
3. Bericht über die
Einnahmen und Ausgaben
des Jahres 1916.
4. Bericht über die
Tätigkeit der
Kassenmitglieder im
Jahre 1916.
5. Verschiedenes.
271/17
Wag. Hoff, Vorsitzender.
H. Herr, Schriftführer.

**Unsere
"Marine"
Cigarette**
2 1/2 Pf.
entsprechend Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten
ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzki Aktiengesellschaft

**Fredy
Zigaretten**
direkt in der Fabrik zu Fabrikpreisen
1000 St. 1a 14.-
1000 " Fredy-Zigaretten 1b 20,50
1000 " Harry Walden 3 " 20.-
1000 " Deutscher Sieg 1d 15,50
Verkauf auch in kleinen
Quantitäten direkt in der
Zigarettenfabrik Fredy,
Berlin, Brunnenstr. 17, Hof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schmied
Hans Rasmussen
Anfallsdenkstr. 118
am 24. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Schlosser
Franz Kohl
Oppelner Str. 34
am 13. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 17. November, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentralfriedhofes im
Friedrichshagen statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
125/15 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede
u. verw. Gewerbe Deutschlands
Zobitzstraße Berlin 5.
Nachruf.
Am 7. November starb unser
Mitglied
Otto Giesenhagen.
Ehre seinem Andenken!
295/7 Die Ortsverwaltung.

Vollständig geheilt
wurde ich durch dieses
vergnügliche, durch die
Spezial-
mittel, welche ich
von
meiner
empfehle ich
Ihre Mittel den Herren
W. G. G.
Weidlich, Oberstaatssekretär,
25 Jahre
alt, dankend zu
Otto Weidlich, Berlin 48, Wilmstr. 4.

Kopenhagener Katakabak
darf nicht mehr eingebracht werden. Dieser Vertrag ist Kapitän-Kopen-
hagener feinsten Qualität in denselben Gebieten.
Erdbeerdigung in den weiten Gebieten.
E. Röder, Berlin, Grüner Weg 111. (Rgt. 3561.)
Campbellstraße d. Kapitän-Katakabak sowie Nordhäuser u. Wählb.
Katakabak, Zigaretten an Original-Vertriebsstellen.

250/14 Aerztlich geleitet
Heilanstalt
für naturgemäße Heilmittel: Licht-
u. Elektro-Therapie, Homöopathie,
Pflanz- u. tierische Heilmittel,
Feldkur, Erfolgreiche, sachgemäße
Behandlung jeder Art: Innere
und äußere, mögl. ohne Ver-
sorgung, Sprech- u. Behandlung-
zeit 9 1/2-1 u. 4-7 1/2. Sonntags
und Feiertags 9-1 Uhr.
Berlin SO 16
Brückenstr. 10b II
am Sannow-Bahnhof.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Krümming
Neußstr. 81
im Alter von 46 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 17. November, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Halle des Neu-
söllner Gemeinde-Friedhofes am
Nauenborger Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
93/5 Die Ortsverwaltung.

Am den Folgen einer schweren
Erkrankung, welche er sich im
Felde zuzog, starb am 13. No-
vember 1916 unser lieber Mit-
arbeiter und Kamerad, der Buch-
binde
Otto Haberland
im 34. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Buch-
druckerei
„Deutsche Tageszeitung“.
Beerdigung: Freitag, 17. No-
vember, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf
dem Garnison-Friedhof, Wilm-
str. 48.

Spezialarzt
für Haut-, Darm-, Frauenleiden,
neu. Schwäche, Beintraume jeder
Art, **Chlidi-Gata-Kuren**,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sprengl 12-2, 1/2-3, 1/2, Sonntag
11-2. Honorar mäßig, a. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzigerstr. 75 II
Vollständige Heilung
Diabetes, Nephritis,
Gelenkheilkunde
Urethra
Brilliantes
Schmuckgeschäft
10-50%, unter Ladenpreis

S. Preussisch-Süddeutsche
(234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie
5. Klasse 8. Ziehungstag 15. November 1916. Nachmittags

Hier jede erogene Nummer hat zwei gleich hohe
Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Zahl
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr H. St. K. f. S.) (Nachdruck verboten)

111 49 (500)	1018 23 (1000)	173 327 228 290 960 85	202 323 295 97 523 704 929	2330 (1000)	180 385 403 (1000)																																																																																																																																																																																																																																			
207 59 543 431 441 (500)	85 234 855 754 8018 143 301 564	700 70 902	5030 25 88 189 240 511 48 833 945	7050 63	123 72 331 (1000)	43 602 725 78 501	8263 463 99 822 61 620																																																																																																																																																																																																																																	
64 722 935 8010 14 330 408 644 814 966 67	12023 29 73 144 204 314 (1000)	35 59 451 85 704 26 444	304 51 (1000)	11220 80 304 63 701 771 78 999 12005 (1000)	247 98 53 (5000)	373 454 81 631 701 (800)	12107 81 404 690																																																																																																																																																																																																																																	
3000 635 929	14030 343 424 544 678 722 (500)	931 99 15138	300 30 495 (1000)	660 717 34 77 36 919 73 18480 632 88 (1000)	604 (500)	37 718 61 824	17049 73 179 410 817 (600)	947																																																																																																																																																																																																																																
18230 26 57 318 432 42 43 99 284 685 83 753 805 501 42	19 1000 140 92 299 473 633 622 83 809 (900)	950	775 45 885 948 (3000)	83 22185 814 605 (3000)	731 65 23021	28 69 42 245 43 523 623 805 908	24167 62 89 313 623 (500)																																																																																																																																																																																																																																	
33 46 776 91	25089 57 127 287 684 815 842 26319 105 27	265 (3000)	729 60 813 98 933	27474 843 938	28107 422 645	815 77 52123 208 962	30033 421 38 795 998	31085 89 144 988 634 833 45																																																																																																																																																																																																																																
32008 193 492 538 702 63 87 801 61 969 84 (800)	31122	16003 637 (3000)	709 80 944	34031 109 308 65 376 406 83	634 61 (3000)	35941 302 451 784 839 97 901 (500)	22	31033 112 820 (1000)	440 542 44 78	37180 97 223 305 (600)																																																																																																																																																																																																																														
490 (500)	65 772 937 61	31103 32 296 41 48 698 (1000)	738 70 841 (1000)	918 49 708 78 62 (1000)	31099 103 20	312 312 420 113 14 57 906 39 77	40777 124 232 320 417 84 (1000)	947	41123 99 348 544 812	13 79 923																																																																																																																																																																																																																														
42015 (3000)	61 326 361 704	43134 364 341 423	10003 683 670 100 754 846 (800)	44025 (1000)	40 190 236 318	434 322 925 43	48044 (500)	153 82 903	57300 64 618 234	177 (1000)																																																																																																																																																																																																																														
40 823 94	48111 (500)	123 29 654 (500)	824 741	110001 508	47487 609 (500)	87 652 88 52 (3000)	826 78 (3000)	909 (1000)	48215 33 45 435 814 (1000)	90	49277 84 334 23	423 87 648																																																																																																																																																																																																																												
50133 218 351 445 80 598 605 974	51122 527 013	52008	801 444 552 (3000)	683 855 94	53402 (500)	519 (500)	628 38	993	54061 114 48 (500)	270 361 92 499 575 833 (3000)	73 822	58067 109 70 507 67 80 (500)	611 865 904	58065	180 250 (3000)	359 471 610 719 904	57227 374 425 610 789	58002 176 86 225 484 800 24 710 844 971	58110 83 247 889	58101 85 129 810 810 810	58102 86 129 810 810 810	58103 87 129 810 810 810	58104 88 129 810 810 810	58105 89 129 810 810 810	58106 90 129 810 810 810	58107 91 129 810 810 810	58108 92 129 810 810 810	58109 93 129 810 810 810	58110 94 129 810 810 810	58111 95 129 810 810 810	58112 96 129 810 810 810	58113 97 129 810 810 810	58114 98 129 810 810 810	58115 99 129 810 810 810	58116 100 129 810 810 810	58117 101 129 810 810 810	58118 102 129 810 810 810	58119 103 129 810 810 810	58120 104 129 810 810 810	58121 105 129 810 810 810	58122 106 129 810 810 810	58123 107 129 810 810 810	58124 108 129 810 810 810	58125 109 129 810 810 810	58126 110 129 810 810 810	58127 111 129 810 810 810	58128 112 129 810 810 810	58129 113 129 810 810 810	58130 114 129 810 810 810	58131 115 129 810 810 810	58132 116 129 810 810 810	58133 117 129 810 810 810	58134 118 129 810 810 810	58135 119 129 810 810 810	58136 120 129 810 810 810	58137 121 129 810 810 810	58138 122 129 810 810 810	58139 123 129 810 810 810	58140 124 129 810 810 810	58141 125 129 810 810 810	58142 126 129 810 810 810	58143 127 129 810 810 810	58144 128 129 810 810 810	58145 129 129 810 810 810	58146 130 129 810 810 810	58147 131 129 810 810 810	58148 132 129 810 810 810	58149 133 129 810 810 810	58150 134 129 810 810 810	58151 135 129 810 810 810	58152 136 129 810 810 810	58153 137 129 810 810 810	58154 138 129 810 810 810	58155 139 129 810 810 810	58156 140 129 810 810 810	58157 141 129 810 810 810	58158 142 129 810 810 810	58159 143 129 810 810 810	58160 144 129 810 810 810	58161 145 129 810 810 810	58162 146 129 810 810 810	58163 147 129 810 810 810	58164 148 129 810 810 810	58165 149 129 810 810 810	58166 150 129 810 810 810	58167 151 129 810 810 810	58168 152 129 810 810 810	58169 153 129 810 810 810	58170 154 129 810 810 810	58171 155 129 810 810 810	58172 156 129 810 810 810	58173 157 129 810 810 810	58174 158 129 810 810 810	58175 159 129 810 810 810	58176 160 129 810 810 810	58177 161 129 810 810 810	58178 162 129 810 810 810	58179 163 129 810 810 810	58180 164 129 810 810 810	58181 165 129 810 810 810	58182 166 129 810 810 810	58183 167 129 810 810 810	58184 168 129 810 810 810	58185 169 129 810 810 810	58186 170 129 810 810 810	58187 171 129 810 810 810	58188 172 129 810 810 810	58189 173 129 810 810 810	58190 174 129 810 810 810	58191 175 129 810 810 810	58192 176 129 810 810 810	58193 177 129 810 810 810	58194 178 129 810 810 810	58195 179 129 810 810 810	58196 180 129 810 810 810	58197 181 129 810 810 810	58198 182 129 810 810 810	58199 183 129 810 810 810	58200 184 129 810 810 810	58201 185 129 810 810 810	58202 186 129 810 810 810	58203 187 129 810 810 810	58204 188 129 810 810 810	58205 189 129 810 810 810	58206 190 129 810 810 810	58207 191 129 810 810 810	58208 192 129 810 810 810	58209 193 129 810 810 810	58210 194 129 810 810 810	58211 195 129 810 810 810	58212 196 129 810 810 810	58213 197 129 810 810 810	58214 198 129 810 810 810	58215 199 129 810 810 810	58216 200 129 810 810 810	58217 201 129 810 810 810	58218 202 129 810 810 810	58219 203 129 810 810 810	58220 204 129 810 810 810	58221 205 129 810 810 810	58222 206 129 810 810 810	58223 207 129 810 810 810	58224 208 129 810 810 810	58225 209 129 810 810 810	58226 210 129 810 810 810	58227 211 129 810 810 810	58228 212 129 810 810 810	58229 213 129 810 810 810	58230 214 129 810 810 810	58231 215 129 810 810 810	58232 216 129 810 810 810	58233 217 129 810 810 810	58234 218 129 810 810 810	58235 219 129 810 810 810	58236 220 129 810 810 810	58237 221 129 810 810 810	58238 222 129 810 810 810	58239 223 129 810 810 810	58240 224 129 810 810 810	58241 225 129 810 810 810	58242 226 129 810 810 810	58243 227 129 810 810 810	58244 228 129 810 810 810	58245 229 129 810 810 810	58246 230 129 810 810 810	58247 231 129 810 810 810	58248 232 129 810 810 810	58249 233 129 810 810 810	58250 234 129 810 810 810	58251 235 129 810 810 810	58252 236 129 810 810 810	58253 237 129 810 810 810	58254 238 129 810 810 810	58255 239 129 810 810 810	58256 240 129 810 810 810	58257 241 129 810 810 810	58258 242 129 810 810 810	58259 243 129 810 810 810	58260 244 129 810 810 810	58261 245 129 810 810 810	58262 246 129 810 810 810	58263 247 129 810 810 810	58264 248 129 810 810 810	58265 249 129 810 810 810	58266 250 129 810 810 810	58267 251 129 810 810 810	58268 252 129 810 810 810	58269 253 129 810 810 810	58270 254 129 810 810 810	58271 255 129 810 810 810	58272 256 129 810 810 810	58273 257 129 810 810 810	58274 258 129 810 810 810	58275 259 129 810 810 810	58276 260 129 810 810 810	58277 261 129 810 810 810	58278 262 129 810 810 810	58279 263 129 810 810 810	58280 264 129 810 810 810	58281 265 129 810 810 810	58282 266 129 810 810 810	58283 267 129 810 810 810	58284 268 129 810 810 810	58285 269 129 810 810 810	58286 270 129 810 810 810	58287 271 129 810 810 810	58288 272 129 810 810 810	58289 273 129 810 810 810	58290 274 129 810 810 810	58291 275 129 810 810 810	58292 276 129 810 810 810	58293 277 129 810 810 810	58294 278 129 810 810 810	58295 279 129 810 810 810	58296 280 129 810 810 810	58297 281 129 810 810 810	58298 282 129 810 810 810	58299 283 129 810 810 810	58300 284 129 810 810 810	58301 285 129 810 810 810	58302 286 129 810 810 810	58303 287 129 810 810 810	58304 288 129 810 810 810	58305 289 129 810 810 810	58306 290 129 810 810 810	58307 291 129 810 810 810	58308 292 129 810 810 810	58309 293 129 810 810 810	58310 294 129 810 810 810	58311 295 129 810 810 810	58312 296 129 810 810 810	58313 297 129 810 810